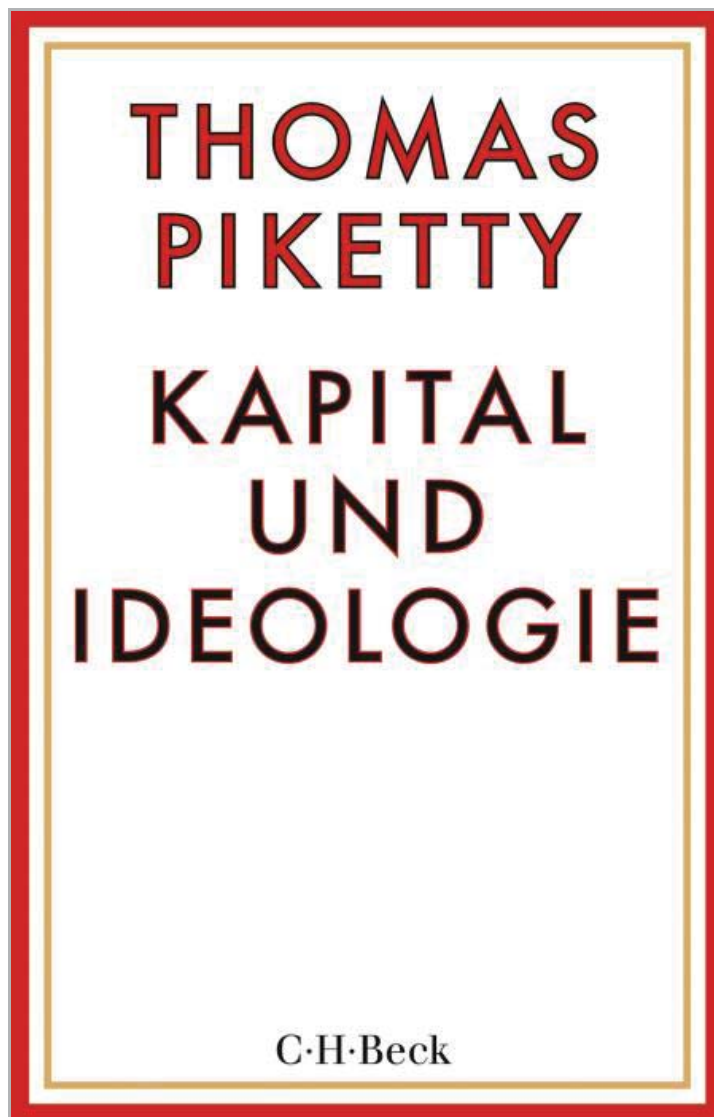


Unverkäufliche Leseprobe



Thomas Piketty
Kapital und Ideologie

2022. Rund 1376 S., mit 158 Grafiken und 11 Tabellen
ISBN 978-3-406-78909-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/33699378>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

THOMAS PIKETTY

KAPITAL UND IDEOLOGIE

Aus dem Französischen von André Hansen,
Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer, Ursel Schäfer
und Nastasja S. Dresler

C.H.Beck

Titel der französischen Originalausgabe:
«Capital et Idéologie»,
© Éditions du Seuil, 2019

Mit 158 Grafiken und 11 Tabellen

Dieses Buch erschien zuerst 2020 in gebundener Form im Verlag C.H.Beck.

Übersetzung:
Vorwort, Einleitung, Kapitel 15–17 und Schluss: Stefan Lorenzer
Kapitel 1–4 und 14: André Hansen
Kapitel 5–9: Enrico Heinemann
Kapitel 10–13: Ursel Schäfer
Anmerkungen und Grafiken (Teilübersetzung): Nastasja S. Dresler

1. Auflage in der Reihe C.H.Beck Paperback. 2022

Für die deutsche Ausgabe:
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2020
www.chbeck.de
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Satz: Janß GmbH, Pfungstadt
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 78909 0



klimaneutral produziert
<https://rsw.beck.de/nachhaltig>

INHALT

Vorwort und Dank	9
Einleitung	13

ERSTER TEIL UNGLEICHHEITSREGIME IN DER GESCHICHTE 77

Kapitel 1.	Dreigliedrige Gesellschaften: trifunktionale Ungleichheit	79
Kapitel 2.	Die europäischen Ständegesellschaften: Macht und Eigentum	99
Kapitel 3.	Die Erfindung der Eigentümergesellschaften	139
Kapitel 4.	Die Eigentümergesellschaften: der Fall Frankreich	171
Kapitel 5.	Die Eigentümergesellschaften: europäische Entwicklungswege	205

ZWEITER TEIL
DIE SKLAVENHALTER- UND KOLONIALGESELLSCHAFTEN
261

Kapitel 6.	Die Sklavenhaltergesellschaften: extreme Ungleichheit	263
Kapitel 7.	Die Kolonialgesellschaften: Vielfalt und Herrschaft	323
Kapitel 8.	Dreigliedrige Gesellschaften und Kolonialismus: der Fall Indien	387
Kapitel 9.	Dreigliedrige Gesellschaften und Kolonialismus: eurasische Entwicklungswege	461

DRITTER TEIL
DIE GROSSE TRANSFORMATION
IM 20. JAHRHUNDERT
525

Kapitel 10.	Die Krise der Eigentümergesellschaften	527
Kapitel 11.	Die sozialdemokratischen Gesellschaften: die unvollendete Gleichheit	611
Kapitel 12.	Kommunistische und postkommunistische Gesellschaften	725
Kapitel 13.	Der Hyperkapitalismus: zwischen Moderne und Rückwärtsgewandtheit	813

Vierter Teil
Neues Nachdenken über die Dimensionen
des politischen Konflikts
897

Kapitel 14. Grenze und Eigentum: die Konstruktion der Gleichheit	899
Kapitel 15. Brahmanische Linke: die neuen euro-amerikanischen Bruchlinien	993
Kapitel 16. Sozialnativismus: die postkoloniale Identitätsfalle	1057
Kapitel 17. Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert	1185
 Schlusswort	 1273
Inhaltsübersicht	1283
Auflistung der Grafiken und Tabellen	1298
Personenregister	1308

VORWORT UND DANK

Dieses Buch setzt *Das Kapital im 21. Jahrhundert* fort, aber es kann auch unabhängig von ihm gelesen werden. Ganz wie sein Vorgänger bringt es eine kollektive Arbeit zum Abschluss, die ohne die Mitarbeit und Unterstützung sehr vieler Freunde und Kollegen nie hätte entstehen können. Für die Deutungen und Analysen, die auf den folgenden Seiten vorgelegt werden, bin selbstverständlich ich allein verantwortlich; aber nie hätte ich aus eigener Kraft die historischen Quellen zusammentragen können, auf die sich diese Untersuchung gründet.

Ich stütze mich namentlich auf die in der *World Inequality Database* gesammelten Daten (<http://WID.world>). Das unter diesem Namen laufende Projekt beruht auf den vereinten Anstrengungen von mehr als 100 Forschern und deckt inzwischen mehr als 80 Länder auf sämtlichen Kontinenten ab. Es bietet die umfassendste Datenbank zur historischen Entwicklung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten innerhalb der einzelnen Länder wie zwischen ihnen, die derzeit verfügbar ist.

Darüber hinaus habe ich in diesem Buch zahlreiche andere Quellen und Materialien zu Zeiträumen, Ländern oder Aspekten konsultiert, die von WID.world nur unzureichend erfasst werden, zum Beispiel zu vorindustriellen Gesellschaften oder Kolonialgesellschaften, aber auch zu Status-, Berufs-, Bildungs-, Geschlechter-, Rassen- oder Religionsungleichheiten, zu politischen Einstellungen und zum Wahlverhalten.

Leser, die sich genauer über die Gesamtheit der historischen Quellen, bibliographischen Angaben oder über die Methoden informieren möchten, derer ich mich bediene, sind eingeladen, den online verfügbaren Technischen Anhang zu Rate zu ziehen (im Haupttext des Buches oder den Fußnoten konnten nur die wichtigsten Quellen und Belege zitiert werden): <http://piketty.pse.ens.fr/files/AnnexeKIdeologie.pdf>.

Alle statistischen Reihen, Grafiken und Tabellen, die im Buch vorgelegt werden, sind ebenfalls online verfügbar: <http://piketty.pse.ens.fr/ideologie>. Wer sich dafür interessiert, wird dort auch eine große Zahl zusätzlicher Grafiken und Datenreihen finden, die nicht ins Buch aufgenommen wurden, um es nicht zu überfrachten, auf die ich mich aber in den Fußnoten manchmal beziehe.

Besonders dankbar bin ich Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman. Gemeinsam haben wir das Projekt WID.world und den Laboratoire sur les inégalités mondiales an der École d'économie de Paris und der University of California, Berkeley ins Leben gerufen. Aus diesem Projekt ist jüngst der *Rapport sur les inégalités mondiales 2018* hervorgegangen (<http://wir2018.wid.world>), auf den ich in diesem Buch häufig zurückgreife. Mein Dank gilt auch den Institutionen, die dieses Projekt möglich gemacht haben, zuallererst der École des Hautes Études en Sciences Sociales, an der ich seit 2000 lehre und die eine der wenigen Einrichtungen auf der Welt ist, in der alle Sozialwissenschaften einander Gehör schenken und sich austauschen können, aber auch der École Normale supérieure und all den anderen Einrichtungen, die 2007 mit vereinten Kräften die École d'économie de Paris ins Leben gerufen haben, eine Schule, die, wie ich hoffe, in diesem beginnenden 21. Jahrhundert zur Entfaltung einer multipolar und interdisziplinär angelegten historischen und politischen Ökonomie beitragen wird.

Für ihre wertvolle Hilfe danke ich auch Lydia Assouad, Abhijit Banerjee, Adam Barbé, Charlotte Bartels, Nitin Barhi, Asma Benhenda, Erik Bengtsson, Yonatan Berman, Thomas Blanchet, Cécile Bonneau, Jérôme Bourdieu, Antoine Bozio, Cameron Campbell, Guillaume Carré, Guilhem Cassan, Amélie Chelly, Bijia Chen, Denis Cogneau, Léo Czajka, Mark Dincecco, Mauricio de Rosa, Esther Duflo, Luis Estevez-Bauluz, Ignacio Flores, Juliette Fournier, Bertrand Garbinti, Amory Gethin, Yajna Govind, Jonathan Goupille-Lebret, Julien Grenet, Jean-Yves Grenier, Malka Guillot, Pierre-Cyrille Hautcoeur, Simon Henochsberg, Mark Jemmama, Francesca Jensenius, Fabian Kosse, Attila Lindner, Noam Maggor, Clara Martinez Toledano, Ewan McGaughey, Cyril Milhaud, Marc Morgan, Eric Monnet, Mathilde Munoz, Alix Myczkowski, Delphine Nougayrede, Filip Novokmet, Katharina Pistor, Gilles Postel-Vinay, Jean-Laurent Rosenthal, Aurélie Sotura, Alessandro Stanziani, Blaise Truong-Lo, Sebastien Veg, Richard

Von Glahn, Marlous van Waijenburg, Daniel Waldenström, Li Yang, Tom Zawisza, Roxane Zighed; ganz wie all meinen Freunden und Kollegen vom Centre François-Simiani d'histoire économique et sociale und vom Centre de recherches historiques der École des Hautes Études en Sciences Sociales und der École d'économie de Paris.

Dieses Buch hat auch davon profitiert, dass ich seit 2013, als *Das Kapital im 21. Jahrhundert* in Frankreich erschien, das große Glück hatte, an sehr vielen Debatten und Diskussionen teilnehmen zu dürfen. Einen großen Teil der Jahre 2014–2016 habe ich damit verbracht, um die Welt zu reisen und äußerst debattierfreudige Leser, Forscher, Gegner kennenzulernen. Ich habe an Hunderten von Diskussionen über mein Buch und die von ihm aufgeworfenen Fragen teilgenommen. All diese Begegnungen haben mich unendlich viel gelehrt und es mir erlaubt, meine Überlegungen zur historischen Dynamik von Ungleichheiten zu vertiefen.

Unter den vielen Unzulänglichkeiten meines Buchs von 2013 sollten zwei ausdrücklich erwähnt werden. Zum einen konzentriert es sich viel zu sehr auf den Westen. Es räumt den Erfahrungen der sogenannten «westlichen» Länder (Westeuropa, Nordamerika, Japan) einen unverhältnismäßig großen Raum ein. Das liegt unter anderem daran, dass Quellen für andere Länder und Weltregionen schwer zugänglich waren, aber es führt doch zu einer erheblichen Verengung des Blicks und der Reflexion. Zum anderen neigt *Das Kapital im 21. Jahrhundert* dazu, politisch-ideologische Entwicklungen, die von den beschriebenen Ungleichheiten und Umverteilungen nicht zu trennen sind, als eine Art *black box* zu behandeln. Natürlich stellt es die eine oder andere Hypothese auf und geht etwa darauf ein, wie sehr die Weltkriege, die Wirtschaftskrisen und die kommunistische Herausforderung im 20. Jahrhundert das Ihre dazu beigetragen haben, die Vorstellung von Ungleichheit und Privateigentum wie die Einstellungen zu ihnen zu verändern. Aber es tut dies, ohne die Frage nach der Entwicklung von Ungleichheitsideologien wirklich als solche zu stellen. Es ist diese Frage, der ich in dieser neuen Arbeit sehr viel ausdrücklicher nachzugehen versuche, indem ich sie in einem zeitlich wie räumlich ungleich weiter gefassten Vergleichshorizont erörtere.

Dank des Erfolgs meines Buchs von 2013 und der Unterstützung Hunderter von Bürgern, Forschern und Journalisten konnten wir in den letzten Jahren Quellen erschließen, zu denen uns die Regierungen

der betreffenden Länder keinen Zugang gewährt hatten, etwa in Brasilien und Indien, Südafrika und Tunesien, im Libanon und in der Elfenbeinküste, in Korea und Taiwan, Polen und Ungarn und, leider weniger umfänglich, in China und Russland. Das ermöglicht es mir, in diesem neuen Buch die Beschränkung auf den westlichen Rahmen hinter mir zu lassen und eine dichtere Analyse von Ungleichheitsregimen in ihrer ganzen Vielfalt, aber auch möglicher anderer Wege und Abzweigungen vorzulegen. Vor allem haben diese Jahre der Begegnung, des Austauschs und der Lektüre mir die Gelegenheit geboten, zu lernen und gründlicher über die politisch-ideologische Dynamik von Ungleichheiten nachzudenken, aber auch neue Quellen zu politischen Diskursen und Haltungen auszuwerten, die Stellung zur Frage der Ungleichheit beziehen, um ein Buch zu schreiben, das mir reicher als sein Vorgänger scheint, den es zugleich weiterführt. Das Resultat liegt vor, und jeder mag sich selbst ein Urteil bilden.

Schließlich wäre nichts möglich ohne meine Familie. Sechs glückliche Jahre sind seit der Redaktion und Veröffentlichung von *Das Kapital im 21. Jahrhundert* vergangen. Meine drei geliebten Töchter sind zu jungen Erwachsenen geworden (oder beinahe: zwei Jahre noch, Hélène, bis Deborah und Juliette dich im Club willkommen heißen!). Ohne ihre Liebe und ihre Energie wäre das Leben nicht, was es ist. Und Julia und ich, wir haben nicht aufgehört zu reisen, uns auszutauschen, Bekanntschaften zu schließen, uns wiederzulesen und wiederzuschreiben, uns in endlosen Gesprächen über die Welt auszutauschen. Sie allein weiß, was dieses Buch ihr alles schuldet, was ich ihr alles schulde. So soll es weitergehen!

EINLEITUNG

Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Sie muss gute Gründe für sie finden, da andernfalls das gesamte politische und soziale Gebäude einzustürzen droht. So bringt jedes Zeitalter eine Reihe kontroverser Diskurse und Ideologien hervor, um Ungleichheit in der Gestalt, in der es sie gibt oder geben sollte, zu legitimieren und wirtschaftliche, soziale und politische Regeln aufzustellen, die geeignet sind, das gesellschaftliche Ganze zu organisieren. Dieser zugleich intellektuellen, institutionellen und politischen Auseinandersetzung entspringen im Allgemeinen eine oder mehrere herrschende Erzählungen, auf die sich die bestehenden Ungleichheitsregime stützen.

In den heutigen Gesellschaften übernimmt diese Rolle vor allem die proprietaristische¹ und meritokratische, den Unternehmergeist beschwörende Erzählung: Die moderne Ungleichheit ist gerecht und angemessen, da sie sich aus einem frei gewählten Verfahren ergibt, in dem jeder nicht nur die gleichen Chancen des Marktzugangs und Eigentumserwerbs hat, sondern überdies ohne sein Zutun von dem Wohlstand profitiert, den die Reichsten akkumulieren, die folglich unternehmerischer, verdienstvoller, nützlicher als alle anderen sind. Und dadurch sind wir auch himmelweit entfernt von der Ungleichheit älterer Gesellschaften, die auf starren, willkürlichen und oft repressiven Statusunterschieden beruhte.

Das Problem ist, dass diese große proprietaristische und meritokratische Erzählung, die im 19. Jahrhundert, nach dem Niedergang der

¹ Proprietarismus ist für den Autor die Ideologie des Eigentums, dessen Sakralisierung zum obersten Wert in Wirtschaft und Gesellschaft. Der für Piketty zentrale Begriff, *propriétarisme*, klingt im Französischen, wo der *propriétaire* als Eigentümer ganz geläufig ist, sehr viel weniger akademisch. Da es dafür im Deutschen keine ebenso eingängige Entsprechung gibt, haben wir uns für das (sperrigere) Fremdwort Proprietarismus entschieden, um damit auch der Neuartigkeit von Thomas Pikettys Thesen Rechnung zu tragen. (Anmerkung der Übersetzer)

Ständegesellschaften des Ancien Régime, ihre erste Sternstunde erlebte und Ende des 20. Jahrhunderts, nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und dem Triumph des Hyper-Kapitalismus, eine radikale Reformulierung globalen Zuschnitts erfahren hat, immer weniger tragfähig scheint. Sie führt zu Widersprüchen, die in Europa und den Vereinigten Staaten, in Indien und Brasilien, China und Südafrika, Venezuela und dem Nahen Osten gewiss ganz unterschiedliche Formen annehmen. Gleichwohl sind diese verschiedenen, teilweise auch gekoppelten Wegverläufe, die einer je eigenen Geschichte entspringen, zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts immer enger miteinander verbunden. Nur aus einer transnationalen Perspektive werden wir daher die Schwachstellen dieses Narrativs besser verstehen und die Rekonstruktion einer alternativen Erzählung ins Auge fassen können.

Tatsächlich sind wachsende sozio-ökonomische Ungleichheiten seit den 1980er und 1990er Jahren in fast allen Teilen der Welt zu verzeichnen. In manchen Fällen haben sie so dramatische Ausmaße angenommen, dass es zusehends schwieriger wird, sie im Namen des Allgemeininteresses zu rechtfertigen. Zudem gähnt allenthalben ein Abgrund zwischen den offiziellen meritokratischen Verlautbarungen und den Realitäten, mit denen sich die beim Bildungs- und Reichtumserwerb benachteiligten Klassen konfrontiert sehen. Allzu oft dient der meritokratische, das Unternehmertum preisende Diskurs den Gewinnern des heutigen Wirtschaftssystems offenbar dazu, auf bequeme Weise jedes erdenkliche Ungleichheitsniveau zu rechtfertigen, ohne es überhaupt in Augenschein nehmen zu müssen, und die Verlierer ob ihres Mangels an Verdienst, Fleiß und sonstigen Tugenden zu brandmarken. Diese Schuldigsprechung der Ärmsten hat es in früheren Ungleichheitsregimen, die eher die funktionale Entsprechung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Auge hatten, nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmaß gegeben.

Die moderne Ungleichheit zeichnet sich denn auch durch eine Reihe von Diskriminierungspraktiken und ethnisch-religiösen oder den Rechtsstatus betreffenden Ungleichheiten aus, deren gewaltsamer Charakter zu den meritokratischen Ammenmärchen so recht nicht passen will und uns vielmehr in die Nähe der brutalsten Formen vergangener Ungleichheiten rückt, mit denen wir doch nichts gemein haben wollen. Man denke an die Diskriminierung, der Obdachlose oder Menschen einer bestimmten Herkunft und aus bestimmten Vierteln ausgesetzt

sind. Oder an die Migranten, die im Mittelmeer ertrinken. Angesichts dieser Widersprüche und mangels eines neuen glaubhaften universalistischen Gleichheitshorizontes, den wir bräuchten, um uns den wachsenden Herausforderungen zu stellen, mit denen Ungleichheit, Migration und Klimawandel uns konfrontieren, steht zu befürchten, dass mehr und mehr die identitäre und nationalistische Abschottung als große Ersatzerzählung einspringt, wie es im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten war und in diesem beginnenden 21. Jahrhundert in den verschiedensten Teilen der Welt abermals zu beobachten ist.

Es war der Erste Weltkrieg, der einen Prozess zunächst des Abbruchs, dann der Neubestimmung jener Globalisierung der Geschäfts- und Finanzwelt in Gang setzte, die zu stark wachsender Ungleichheit in der «Belle Époque» (1880–1914) geführt hatte – in einer Epoche, die *belle* allenfalls im Vergleich mit der Entfesselung von Gewalt heißen kann, die auf sie folgen sollte. Schön war sie in Wahrheit bloß für die Besitzenden, und namentlich für den weißen besitzenden Mann. Wenn das heutige Wirtschaftssystem nicht zutiefst verwandelt wird, um es in den einzelnen Ländern, aber auch zwischen ihnen egalitärer, gerechter und nachhaltiger zu machen, dann könnte es sein, dass der fremdenfeindliche «Populismus» und seine möglichen Wahlerfolge es sind, die sehr bald die hyper-kapitalistische und digitale Globalisierung der Jahre 1990–2020 in einen Zerfallsprozess eintreten lassen.

Um diese Gefahr zu bannen, bleiben unsere größten Trümpfe das Wissen und die Geschichte. Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen, und in solchen Rechtfertigungen steckt immer beides: Wahrheit und Übertreibung, Einbildungskraft und Niedertracht, Idealismus und Egoismus. Ungleichheitsregime, wie sie in dieser Untersuchung definiert werden, zeichnen sich durch ein Zusammenspiel von Diskursen und institutionellen Einrichtungen aus, die der Rechtfertigung und Organisation wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ungleichheit in den jeweiligen Gesellschaften dienen. Jedes Regime hat seine Schwächen, und keines kann überleben, ohne sich ständig neu zu definieren, oft in gewaltsamen Auseinandersetzungen, oft aber auch im Rückgriff auf geteilte Erfahrungen und Erkenntnisse. Dieses Buch befasst sich mit der Geschichte und Zukunft von Ungleichheitsregimen. Indem ich historisches Material aus weit auseinanderliegenden Gesellschaften zusammentrage, die meist nichts voneinander

wissen oder es ablehnen, miteinander verglichen zu werden, hoffe ich aus einer globalen und transnationalen Perspektive zu einem besseren Verständnis der derzeitigen Veränderungen beizutragen.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus dieser historischen Analyse wird lauten, dass es der Kampf für Gleichheit und Bildung war, der die Wirtschaftsentwicklung und den menschlichen Fortschritt möglich gemacht hat, nicht die Heiligsprechung von Eigentum, Stabilität und Ungleichheit. An der neuen ultra-inegalitären Erzählung, die sich seit den 1980er Jahren durchgesetzt hat, sind die Geschichte und das Desaster des Kommunismus nicht unschuldig. Aber sie ist auch die Frucht der Unkenntnis wie der Zerstückelung des Wissens und hat erheblich dazu beigetragen, den Fatalismus und die identitären Auswüchse zu nähren, mit denen wir es heute zu tun haben. Nimmt man aus einer interdisziplinären Perspektive den Faden der Geschichte wieder auf, so wird es möglich, zu einer ausgewogeneren Erzählung zu kommen, um die Umrisse eines neuen partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert zu zeichnen und den universalistischen Horizont einer neuen Ideologie der Gleichheit, des gesellschaftlichen Eigentums, der Bildung, der Wissens- und Machtverteilung zu erschließen. Diese Erzählung ist optimistischer, sie setzt größeres Vertrauen in die menschliche Natur. Aber sie ist auch genauer und plausibler als die überkommenen Erzählungen, weil sie die Lehren beherzigt, die wir aus einer globalen Geschichte ziehen können. Natürlich bleibt es jedem selbst überlassen, sich ein Urteil zu bilden und sich diese ebenso anfechtbaren wie vorläufigen Schlüsse anzuverwandeln, sie zu verändern und weiterzuführen.

Bevor ich die Anlage dieses Buches und die verschiedenen Etappen meiner historischen Darstellung vorstelle, von den dreigliedrigen Gesellschaften und Sklavenhaltergesellschaften bis zu den modernen postkolonialen und hyper-kapitalistischen Gesellschaften, will ich erläutern, auf welche Hauptquellen ich mich stütze und in welchem Sinne mein vorheriges Buch, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, durch diese Arbeit fortgesetzt wird. Zunächst möchte ich aber kurz den Ideologiebegriff vorstellen, den diese Untersuchung verwendet.

Was ist eine Ideologie?

Ich werde im Rahmen dieses Buchs versuchen, einen positiven und konstruktiven Ideologiebegriff zu verwenden, der Ideologie als Gefüge von Ideen und Diskursen versteht, die auf grundsätzlich plausible Weise beschreiben wollen, wie die Gesellschaft zu organisieren sei. Dabei soll die jeweilige Ideologie in ihren zugleich sozialen, ökonomischen und politischen Dimensionen betrachtet werden. Ideologien sind mehr oder weniger schlüssige Versuche, Antworten auf eine Reihe extrem weit gefasster Fragen zu geben, die um die erstrebenswerte oder ideale Organisation der Gesellschaft kreisen. Bedenkt man die Komplexität dieser Fragen, so versteht es sich von selbst, dass keine Ideologie je eine angemessene und erschöpfende Antwort auf sie alle bereithalten wird und Konflikte und Meinungsverschiedenheiten daher etwas sind, das der Ideologie selber innewohnt. Dennoch muss jede Gesellschaft um Antworten auf solche Fragen ringen, oft auf der Grundlage eigener historischer Erfahrungen, aber manchmal auch im Rückgriff auf Erfahrungen anderer Gesellschaften. Und grundsätzlich fühlt sich auch jeder Einzelne aufgefordert, sich eine Meinung zu diesen fundamentalen und existenziellen Fragen zu bilden, wie unbestimmt und unzulänglich sie auch sein mag.

Dabei steht insbesondere das politische Regime infrage, also die Gesamtheit der Regeln, die eine Gemeinschaft definieren und ihr Hoheitsgebiet abstecken, die Mechanismen kollektiver Beschlussfassung und die politischen Rechte ihrer Mitglieder. Darunter fallen die unterschiedlichen Formen politischer Teilhabe und Mitbestimmung ebenso wie die Rolle von Einwohnern und Ausländern, Präsidenten und Versammlungen, Ministern und Königen, Parteien und Wahlen, Kolonialreichen und Kolonien.

Es geht aber auch um die Frage des Eigentumsregimes, das heißt der Gesamtheit der Regeln, die über mögliche Eigentumsformen entscheiden, sowie der Rechtsmittel und Praktiken, die die Eigentumsverhältnisse zwischen den jeweiligen Gesellschaftsgruppen regeln und über die Einhaltung dieser Regeln wachen. Die Rolle des privaten und öffentlichen Eigentums, des Eigentums an Immobilien und Finanzwerten, Sklaven, Agrarland und Bodenschätzen, an geistigen und immateriellen Gegenständen steht hier ebenso auf dem Spiel wie die Beziehung

zwischen Eigentümern und Mietern, Adligen und Bauern, Herren und Sklaven, Aktionären und Lohnempfängern.

Jede Gesellschaft, also jedes Ungleichheitsregime gibt mehr oder weniger schlüssige Antworten auf die Frage des politischen Regimes und des Eigentumsregimes. Diese zwei Reihen von Antworten und Diskursen sind häufig eng miteinander verknüpft, entspringen sie doch beide nicht zuletzt einer Theorie der sozialen Ungleichheit und der (realen oder angenommenen, legitimen oder verwerflichen) Ungleichgewichte zwischen den jeweiligen sozialen Gruppen. Sie schließen im Allgemeinen zahlreiche andere intellektuelle und institutionelle Einrichtungen ein, namentlich ein Bildungssystem (das heißt Regeln und Institutionen, die geistige und kognitive Übertragung erlauben: Familien und Kirchen, Väter und Mütter, Schulen und Universitäten) und ein Steuersystem (das heißt Einrichtungen, die es erlauben, Staaten und Regionen, Kommunen und Kolonialreiche ebenso mit Mitteln zu versorgen wie soziale, religiöse und kollektive Organisationen ganz unterschiedlicher Art). Die Antworten im Hinblick auf diese verschiedenen Problemdimensionen können indessen erheblich voneinander abweichen. Man mag sich über die Frage der politischen Ordnung, aber nicht über die der Eigentumsordnung einig sein, oder über diesen, aber nicht jenen Aspekt der Fragen zum Steuer- oder Bildungssystem. Der ideologische Konflikt ist fast immer mehrdimensional, auch wenn eine Achse in den Vordergrund treten mag, zumindest eine Zeit lang, was die Illusion eines umfassenden Konsensus erzeugen und mitunter zur Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung und zu großen historischen Umwälzungen führen kann.

Die Grenze und das Eigentum

Jedes Ungleichheitsregime, jede Ungleichheitsideologie beruht, vereinfacht gesprochen, auf einer Theorie der Grenze und einer Theorie des Eigentums.

Auf der einen Seite muss die Frage der Grenze beantwortet werden. Man muss klären, wer Teil der menschlichen und politischen Gemeinschaft ist, der man angehört oder sich anschließt, und wer nicht, auf welchem Gebiet und nach welchen Regeln sie regiert werden will, und wie sich ihre Beziehungen zu anderen Gemeinschaften innerhalb einer umfassenden menschlichen Gemeinschaft (die je nach Ideologie mehr

oder weniger als solche anerkannt wird) organisieren lassen. Es geht dabei um die Frage des politischen Regimes, aber ihre Beantwortung schließt auch eine unmittelbare Antwort auf die Frage der sozialen Ungleichheit ein, zuallererst jener, die Staatsangehörige von Ausländern trennt.

Auf der anderen Seite muss die Frage nach dem Eigentum beantwortet werden. Kann man andere Individuen besitzen? Oder Anbauflächen, Immobilien, Unternehmen, natürliche Ressourcen, Erkenntnisse, finanzielle Vermögenswerte, die Staatsschulden? Nach welchen praktischen Modalitäten und auf der Grundlage welches Rechtssystems, welcher Rechtsprechung kann man die Beziehungen zwischen Eigentümern und Nichteigentümern regeln und dafür sorgen, dass sie aufrechterhalten werden? Diese Frage des Eigentumsregimes hat, wie die des Bildungs- und Steuerregimes, einen gestaltenden Einfluss auf soziale Ungleichheiten und ihre Entwicklung.

In den meisten frühen Gesellschaften sind die Fragen des politischen Regimes und des Eigentumsregimes, anders gesagt: die Frage der Macht über Personen und die Frage der Macht über Sachen (das heißt über Eigentumsgegenstände, die mitunter, im Fall der Sklaverei, Personen sein können, in jedem Fall aber einen bestimmenden Einfluss auf Machtverhältnisse zwischen Personen haben), unmittelbar miteinander verknüpft. Ganz offensichtlich ist dies der Fall in den Sklavenhaltergesellschaften, in denen beide Fragen weitgehend zusammenfallen: Bestimmte Individuen besitzen andere Individuen und sind deren Herren und Besitzer zugleich.

Dasselbe gilt, aber in subtilerer Weise, von den Dreiständeordnungen oder «trifunktionalen» Gesellschaften, also solchen, die in drei Klassen mit je eigener Funktion aufgeteilt sind: eine klerikale und geistliche Klasse, eine adlige und kriegerische Klasse, eine nichtadelige und arbeitende Klasse. In dieser historischen Form, wie sie in allen vormodernen Zivilisationen zu beobachten ist, sind die beiden herrschenden Klassen unauflöslich zugleich regierende, also mit Hoheitsbefugnissen (Sicherheit, Rechtsprechung) ausgestattete und besitzende Klassen. Über Jahrhunderte war derart der «landlord» der Herr lebender, auf seinem Land arbeitender Personen so gut wie des Landes selbst.

Die Eigentümergeellschaften, die insbesondere im Europa des 19. Jahrhunderts ihre Blüte erlebten, waren im Gegenteil bemüht, die Frage des Eigentumsrechts (das als universell galt und allen offenstehen

sollte) und die der Hoheitsbefugnis (unterdessen Monopol des Zentralstaats) streng voneinander zu trennen. Gleichwohl bleiben politische Ordnung und Eigentumsordnung auch in diesen Gesellschaften eng miteinander verknüpft. Zum einen, weil die Wahrnehmung politischer Rechte lange den Eigentümern vorbehalten war (in politischen Regimen, in denen das sogenannte Zensuswahlrecht galt), und zum anderen, allgemeiner gesprochen, weil zahllose verfassungsrechtliche Vorschriften dafür sorgten (und weiterhin sorgen), einer politischen Mehrheit jede Möglichkeit der legalen und friedlichen Umgestaltung des Eigentumsregimes drastisch zu beschneiden.

So haben die Fragen der politischen Ordnung und die der Eigentumsordnung, wie wir sehen werden, tatsächlich nie aufgehört, unauflöslich miteinander verknüpft zu sein, von den Dreiständeordnungen und Sklavenhaltergesellschaften über die Eigentümergesellschaften und kommunistischen und sozialdemokratischen Gesellschaften, die sich als Reaktion auf die von den Eigentümergesellschaften gezeitigten Ungleichheits- und Identitätskrisen herausgebildet haben, bis zu den modernen postkolonialen und hyperkapitalistischen Gesellschaften.

Daher schlage ich vor, diese historischen Veränderungen unter Verwendung des Begriffs des «Ungleichheitsregimes» zu analysieren, der beide Begriffe, den des politischen Regimes und den des Eigentumsregimes (und weiterhin des Bildungs- und Steuersystems) umfasst und ihre Zusammengehörigkeit deutlicher hervortreten lässt. Um zu veranschaulichen, dass die strukturbildenden Verflechtungen zwischen politischer Ordnung und Eigentumsordnung auch in der heutigen Welt noch allgegenwärtig sind, reicht der Hinweis auf das Fehlen jedes demokratischen Mechanismus, der es einer Mehrheit der Bürger der Europäischen Union (oder gar der Weltbürger) erlauben würde, die geringste Steuer oder das geringste Umverteilungs- und Entwicklungsprojekt auf Gemeinschaftsebene ins Leben zu rufen, kann doch jedes noch so bevölkerungsarme Land sein Veto gegen eine gemeinsame Steuer einlegen, wie groß die Vorteile, die es aus seiner Integration in den europäischen Finanz- und Handelsraum zieht, auch immer sein mögen.

Das entscheidende Faktum ist, dass die zeitgenössische Ungleichheit zutiefst durch das System von Grenzen und Nationalitäten und die mit ihm verknüpften politischen wie sozialen Rechte strukturiert wird. Das trägt in diesem beginnenden 21. Jahrhundert zum Aufkommen multidimensionaler Konflikte bei, die sich an Fragen der Ungleichheit, der

Migration und der Identität entzünden und es erheblich erschweren, Koalitionen zu schmieden und Mehrheiten zu finden, mit denen man den wachsenden Ungleichheiten Einhalt gebieten könnte. Die ethno-religiösen und nationalen Bruchlinien hindern, konkret gesprochen, die unteren Volksschichten unterschiedlicher Herkunft und aus verschiedenen Ländern daran, sich in einer politischen Koalition zusammenzuschließen, was zwangsläufig den Reichsten in die Hände spielt und die ausufernde Ungleichheit befördert. Was fehlt, ist eine Ideologie und programmatische Plattform, die überzeugend genug wäre, um die benachteiligten Gesellschaftsgruppen davon zu überzeugen, dass das, was sie miteinander verbindet, wichtiger ist als das, was sie voneinander trennt. Ich möchte hier nur die Tatsache hervorheben, dass die engen Bande zwischen politischer Ordnung und Eigentumsordnung einer uralten, strukturellen und fortdauernden Realität entsprechen, die zu analysieren eine umfassende historische und transnationale Perspektivierung voraussetzt.

Ideologien ernst nehmen

Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit. So lautet zweifellos die offensichtlichste Schlussfolgerung aus der in diesem Buch vorgelegten historischen Untersuchung. Den Markt und den Wettbewerb als solchen gibt es so wenig, wie es Gewinn und Lohn, Kapital und Schulden, hochqualifizierte und geringqualifizierte Arbeiter, Einheimische und Fremde, Steuerparadiese und Wettbewerbsfähigkeit als solche gibt. All das sind soziale und historische Konstruktionen, die durch und durch nicht nur davon abhängen, welches Rechts-, Steuer-, Bildungs- und Politiksystem man in Kraft zu setzen beschließt, sondern auch von den Begriffen, die man sich davon macht. Diese Entscheidungen gehen zunächst und vor allem darauf zurück, was eine Gesellschaft unter sozialer Gerechtigkeit und gerechter Wirtschaft versteht, aber auch auf die politisch-ideologischen Kräfteverhältnissen zwischen den verschiedenen Gruppen und Diskursen in dieser Gesellschaft. Diese Kräfteverhältnisse sind ihrerseits, und das ist der entscheidende Punkt, keine bloß materiellen, sie sind auch und vor allem intellektuelle und ideologische Kräfteverhältnisse. Es kommt, anders gesagt, in der Geschichte ganz entscheidend auf Ideen und Ideologien an. Sie sind es, die es uns

stets erlauben, uns neue Welten und andere Gesellschaften vorzustellen. Wir haben es immer mit einer Vielzahl möglicher Wege zu tun.

Dieser Ansatz unterscheidet sich von zahlreichen konservativen Diskursen, die uns erzählen wollen, Ungleichheit sei «naturgegeben». Es verwundert kaum, dass in ganz unterschiedlichen Gesellschaften, zu allen Zeiten und unter allen Breitengraden die Eliten es darauf anlegen, Ungleichheiten zu naturalisieren, also so zu tun, als hätten diese natürliche und objektive Gründe, um uns darüber zu belehren, die sozialen Ungleichgewichte seien nur zum Besten der Ärmsten und der Gesellschaft überhaupt, und im Übrigen sei ihre derzeitige Struktur ohnehin die einzig denkbare und lasse sich nicht substantiell verändern, ohne den größten Schaden anzurichten. Die historische Erfahrung beweist das Gegenteil. Ungleichheiten schwanken ganz erheblich, in Zeit und Raum, und nicht nur dem Umfang, sondern auch der Struktur nach. Sie verändern sich mitunter so rasch, dass die Zeitgenossen sich einige Jahrzehnte zuvor davon nichts hätten träumen lassen. Das hat manchmal Unheil gebracht, aber in ihrer Gesamtheit waren all die Brüche, all die revolutionären Umschwünge und politischen Prozesse, die es erlaubt haben, überkommene Ungleichheiten abzubauen und zu verwandeln, ein ungeheurer Fortschritt. Sie stehen am Ursprung unser wertvollsten Institutionen, derselben, die dafür gesorgt haben, dass die Idee des menschlichen Fortschritts Realität wird (das allgemeine Wahlrecht, die kostenlose Schulbildung und die Schulpflicht, die allgemeine Krankenversicherung und die progressive Steuer). Es ist sehr wahrscheinlich, dass es dabei auch in Zukunft bleibt. Was immer Konservative darüber denken mögen, die derzeitigen Ungleichheiten und Institutionen sind nicht die allein möglichen, und auch sie werden nicht umhin können, sich zu verändern und stets wieder neu zu erfinden.

Aber dieser Ansatz, der um die Ideologien, die Institutionen und die Vielfalt möglicher Wege kreist, unterscheidet sich auch von bestimmten Lehrmeinungen, die man zuweilen als «marxistisch» bezeichnet und die davon ausgehen, der ideologische «Überbau» werde nachgerade mechanisch vom Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse determiniert. Dagegen beharre ich auf einer genuinen Autonomie der Ideen, das heißt der ideologisch-politischen Sphäre. Für ein und denselben Entwicklungsstand der Ökonomie und der Produktivkräfte (vorausgesetzt, dieses Wort ist sinnvoll, was nicht feststeht) gibt es stets eine Mehrzahl möglicher ideologischer und politischer Ordnungen,

also auch möglicher Ungleichheitsregime. So erlaubt es zum Beispiel die Theorie des unausweichlichen Übergangs vom «Feudalismus» zum «Kapitalismus» im Zuge der Industriellen Revolution nicht, der Fülle historischer und politisch-ideologischer Entwicklungslinien Rechnung zu tragen, die sich in den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt beobachten lassen, namentlich zwischen kolonialisierenden und kolonisierten Regionen, aber auch innerhalb der einzelnen Regionen. Und sie hindert uns vor allem daran, daraus die richtigen Lehren für die nächsten Schritte zu ziehen. Nimmt man den Faden dieser Geschichte wieder auf, so stellt man fest, dass es die Alternativen stets gegeben hat und auch stets geben wird. Auf allen Entwicklungsstufen gibt es ganz unterschiedliche Wege, ein wirtschaftliches, soziales und politisches System zu gestalten, die Eigentumsverhältnisse zu definieren, ein Steuer- oder Bildungssystem einzurichten, mit öffentlichen oder privaten Schulden umzugehen, die Beziehungen zwischen verschiedenen menschlichen Gemeinschaften zu regeln etc. Und die Unterschiedlichkeit der Wegverläufe beschränkt sich nicht auf Details. Das Gegenteil trifft zu, und das gilt insbesondere für die möglichen Wege, die Eigentumsverhältnisse im 21. Jahrhundert zu organisieren. Manche unter ihnen könnten eine Überwindung des Kapitalismus darstellen, die sehr viel realer ist als der Weg, den die wählen, die seinen Untergang voraussagen, ohne sich darum zu kümmern, was danach kommt.

Die Erforschung der verschiedenen historischen Wegverläufe und der vielen Abzweigungen zu unbeschrittenen Wegen ist das beste Mittel gegen den elitistischen Konservatismus, aber auch gegen den revolutionären Attentismus derer, die auf den *Grand Soir*, den Vorabend des großen Umsturzes warten. Ein solcher Attentismus dispensiert seine Vertreter häufig davon, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, welche wirklich befreiende institutionelle und politische Ordnung eigentlich am Tage nach dem Großen Abend in Kraft treten soll. Und er verleitet gemeinhin dazu, auf eine ebenso aufgeblähte wie unbestimmte Staatsmacht zu vertrauen, was sich als ebenso gefährlich erweisen kann wie die proprietaristische Heiligsprechung des Eigentums, der man entgegenzutreten behauptet. Diese Haltung hat im 20. Jahrhundert erheblichen menschlichen und politischen Schaden angerichtet, und den Preis dafür werden wir lange noch zahlen.

Dass der Postkommunismus (in der russischen wie chinesischen und in einem gewissen Maße auch der osteuropäischen Version, unge-

achtet all dessen, was diese drei Entwicklungslinien trennt) am Beginn des 21. Jahrhunderts zum treuesten Verbündeten des Hyper-Kapitalismus werden konnte, ist eine unmittelbare Folge des kommunistischen Desasters in seiner stalinistischen wie maoistischen Spielart und des Schwindens aller egalitaristischen und internationalistischen Ambitionen, das sich aus ihm ergab. Dass es diesem Desaster sogar gelungen ist, das Unheil, das von sklavenhalterischen, kolonialistischen und rassistischen Ideologien angerichtet wurde, ebenso in den Hintergrund treten zu lassen wie deren tiefe Übereinstimmungen mit der proprietaristischen und hyper-kapitalistischen Ideologie, ist wahrlich keine geringe Leistung.

So weit es möglich ist, werde ich in diesem Buch versuchen, die Ideologien ernst zu nehmen. Tatsächlich möchte ich jeder Ideologie der Vergangenheit eine Chance geben, namentlich den proprietaristischen, sozial-demokratischen und kommunistischen, aber auch den trifunktionalen, sklavenhalterischen oder kolonialistischen, indem ich ihrer je eigenen Logik folge. So extrem und maßlos sie in der Verteidigung eines bestimmten Typs von Ungleichheit oder Gleichheit auch sein mag – ich gehe von dem Prinzip aus, dass jede Ideologie auf ihre Weise einer Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit Ausdruck verleiht. In jeder dieser Vorstellungen steckt eine gewisse Wahrheit und Wahrhaftigkeit, jede hat eine ihr eigene Schlüssigkeit, aus der sich nützliche Lehren für die Zukunft ziehen lassen, zumindest unter der Bedingung, dass man diese politisch-ideologischen Entwicklungen nicht auf abstrakte, unhistorische, von den jeweiligen Institutionen abgelöste Weise in Augenschein nimmt, sondern im Gegenteil so, wie sie sich in ganz bestimmten Gesellschaften, Zeiträumen und Institutionen verkörpert haben, die sich durch spezifische Eigentumsformen, Steuerordnungen und Bildungssysteme auszeichnen. Um diese Formen konsequent zu durchdenken, darf man sich auch eine eingehende Untersuchung jener Regeln und Funktionsbedingungen (Rechtssysteme, Steuertarife, Lehrmittel etc.) nicht ersparen, ohne die Institutionen wie Ideologien bloß leere Gehäuse sind, unfähig, die Gesellschaft wirklich zu verändern und sich anhaltender Zustimmung zu versichern.

Dabei ist mir nicht unbekannt, dass es auch einen pejorativen Gebrauch des Ideologiebegriffs gibt, der mitunter durchaus gerechtfertigt ist. Ideologisch wird häufig eine dogmatisch verhärtete Sichtweise genannt, die den Tatsachen nicht ausreichend Rechnung trägt. Das Prob-

lem ist, dass allzu oft diejenigen, die sich ihren unbedingten Pragmatismus zugutehalten, im pejorativen Sinne des Worts «ideologischer» als alle anderen sind: Ihre vermeintlich post-ideologische Haltung verhehlt mehr schlecht als recht, wie wenig sie sich um die Fakten scheren, wie groß ihre historische Unkenntnis ist, wie hartnäckig sie ihren Vorurteilen und ihrem Klassenegoismus verhaftet bleiben. Das vorliegende Buch dagegen wird ausgesprochen «faktenbezogen» sein. Ich werde eine Fülle historischer Entwicklungen nachzeichnen, die die Struktur der Ungleichheiten und ihre Verwandlung in unterschiedlichen Gesellschaften betreffen. Zum einen, weil es sich um das Spezialgebiet handelt, von dem ich als Forscher herkomme, und zum anderen, weil ich davon überzeugt bin, dass eine sachliche Prüfung der verfügbaren Quellen zu diesen Fragen unser kollektives Nachdenken voranbringt. Sie ermöglicht insbesondere einen Vergleich von Gesellschaften, die sich sehr stark voneinander unterscheiden und es häufig ablehnen, sich miteinander zu vergleichen, weil sie (meist zu Unrecht) von ihrem «Ausnahmecharakter», von der Einzigartigkeit und Unvergleichlichkeit ihres Weges überzeugt sind.

Zugleich weiß ich nur zu gut, dass die verfügbaren Quellen niemals in der Lage sein werden, alle Streitigkeiten auszuräumen. Keine Untersuchung der «Tatsachen» wird je eine erschöpfende Antwort auf die Frage nach der idealen politischen Ordnung, der idealen Eigentumsordnung, dem idealen Bildungs- und Steuersystem geben können. Zunächst, weil «Tatsachen» oder «Fakten» hochgradig von institutionellen Dispositiven (Erhebungen, Umfragen, Untersuchungen, Steuern etc.) und von den sozialen, fiskalischen oder juristischen Begriffen abhängen, die die Gesellschaften bilden, um sich selbst zu beschreiben, zu vermessen, zu verwandeln. «Tatsachen» sind, anders gesagt, selber Konstruktionen. Korrekt erfassen lassen sie sich daher nur unter Berücksichtigung der komplexen, verschlungenen und interessegeleiteten Interaktionen zwischen dem Beobachtungsapparat und der erforschten Gesellschaft. Das heißt wohlgemerkt nicht, aus diesen kognitiven Konstruktionen ließe sich nichts Nützliches lernen. Aber es heißt, dass jeder Versuch, etwas von ihnen zu lernen, dieser Komplexität und dieser Reflexivität Rechnung tragen muss.

Zudem sind die erörterten Fragen – die Verfassung der idealen sozialen, ökonomischen und politischen Ordnung – viel zu komplex, als dass sich eines schönen Tages eine einzige Schlussfolgerung aus einer

«objektiven» Prüfung der «Fakten» ergeben könnte. Letztere werden nie mehr sein als der Widerschein begrenzter Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, und unabgeschlossener Überlegungen und Beratungen, an denen wir teilnehmen durften. Und schließlich kann es durchaus sein, dass es die eine und einzige «ideale» Ordnung (wie immer man diesen Begriff auch verstehen möchte) gar nicht gibt und jede unauflöslich mit einer Reihe von Merkmalen der jeweils untersuchten Gesellschaft zusammenhängt.

Kollektives Lernen und die Sozialwissenschaften

Es liegt indessen nicht in meiner Absicht, einen generalisierten ideologischen Relativismus zu praktizieren. Für den Sozialwissenschaftler ist es nur allzu leicht, auf Äquidistanz gegenüber den auseinandergehenden Meinungen zu gehen und sich für nichts auszusprechen. Dieses Buch dagegen wird Stellung beziehen, insbesondere in seinem letzten Teil. Ich werde dies allerdings nicht tun, ohne den zurückgelegten Weg und die Gründe, die mich zu diesen Positionen geführt haben, so deutlich wie möglich offenzulegen.

Zumeist entwickelt sich die Ideologie einer Gesellschaft vor allem im Ausgang von ihrer eigenen historischen Erfahrung. So erwächst etwa die Französische Revolution auch dem Gefühl der Ungerechtigkeit und den Enttäuschungen während des Ancien Régime. Durch die von ihr gezeitigten Brüche und Umwälzungen und die Erfolge oder Niederlagen, die den revolutionären Experimenten von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zugeschrieben werden, trägt die Revolution dann ihrerseits zu einer nachhaltigen Verwandlung dessen bei, was als ideale Ungleichheitsordnung gilt, auf dem Feld der politischen Organisation ebenso wie auf dem der Eigentumsordnung oder des Sozial-, Steuer- und Bildungssystems. Diese Lernprozesse sind wiederum Voraussetzung künftiger politischer Verwerfungen. Und so weiter. Jeder nationale politisch-ideologische Wegverlauf kann als großangelegter kollektiver Lernprozess und als gewaltige historische Versuchsanordnung begriffen werden. Und dieser Prozess ist zwangsläufig konfliktgeladen. Nicht bloß haben die verschiedenen sozialen und politischen Gruppen nicht immer die gleichen Interessen und Absichten. Sie teilen auch nicht die gleichen Erinnerungen und die gleiche Deutung der Ereignisse oder des Sinns,

den man ihnen für die Zukunft zusprechen muss. Und doch bergen diese Lernprozesse oft, zumindest eine Zeit lang, Elemente eines nationalen Konsensus.

Diesen kollektiven Lernprozessen wohnt eine gewisse Rationalität inne, aber sie haben auch Grenzen. So reicht insbesondere ihr Gedächtnis nicht weit zurück (nach ein paar Jahrzehnten geraten die Erfahrungen des eigenen Landes häufig in Vergessenheit oder es bleiben nur Bruchstücke im Gedächtnis, deren Auswahl selten zufällig ist) und ist vor allem meist auf den nationalen Horizont beschränkt. Aber wir sollten die Dinge nicht zu schwarz sehen: Jede Gesellschaft zieht mitunter Lehren aus Erfahrungen anderer Länder, sei es durch die Kenntnis, die sie von ihnen hat, sei es im Zuge mehr oder weniger gewaltsamer Begegnungen zwischen verschiedenen Gesellschaften (Kriege, Kolonialisierungen, Besatzungen und Verträge, die für mehr oder weniger Ungleichheit sorgen), was nicht immer der entspannteste und auch nicht der erfolgversprechendste Lernmodus ist. Aber im Wesentlichen bilden sich die unterschiedlichen Visionen der idealen politischen Ordnung, der erstrebenswerten Eigentumsregimes, des geeigneten Rechts-, Steuer- und Bildungssystems im Ausgang von einschlägigen nationalen Erfahrungen, während Erfahrungen anderer Länder ausgeblendet werden – vor allem dann, wenn sie als weit entfernt oder in zivilisatorischer, religiöser, moralischer Hinsicht als fremd empfunden werden oder die Begegnungen mit ihnen gewaltsamer Natur waren (was das Gefühl radikaler Fremdheit verstärken kann). Auch beruhen, allgemeiner gesprochen, solche Lernprozesse häufig auf recht grobschlächtigen und diffusen Vorstellungen von den innerhalb unterschiedlicher Gesellschaften erprobten institutionellen Einrichtungen (das gilt im Übrigen auch auf nationaler Ebene oder bei Ländern, die gute Nachbarn sind), auf politischem Gebiet ebenso wie in Rechts-, Steuer- und Bildungsfragen, was die Lehren, die sich daraus für die Zukunft ziehen lassen, erheblich einschränkt.

Ganz offenbar haben diese Einschränkungen aber nicht für alle Ewigkeit Bestand. Sie entwickeln sich weiter im Zuge mannigfaltiger Prozesse der Verbreitung und Mobilisierung von Kenntnissen und Erfahrungen: Schulen und Bücher, Migration und interkulturelle Ehen, Parteien und Gewerkschaften, Auslandsaufenthalte und Begegnungen, Zeitungen, Medien etc. An dieser Stelle kann sozialwissenschaftliche Forschung ihren Beitrag leisten. Durch sorgfältige Gegenüberstellung

historischer Erfahrungen aus kulturell und zivilisatorisch ganz unterschiedlichen Ländern und Regionen, durch möglichst systematische Auswertung der verfügbaren Quellen und schließlich durch Erforschung des Strukturwandels von Ungleichheiten und politisch-ideologischen Ordnungen in unterschiedlichen Gesellschaften kann sie, davon bin ich überzeugt, zu einem besseren Verständnis der laufenden Veränderungen beitragen. Vor allem aber wird sich durch einen vergleichenden, historischen und transnationalen Ansatz eine genauere Vorstellung davon gewinnen lassen, wie eine bessere politische, ökonomische und soziale Organisation für die verschiedenen Gesellschaften der Welt und insbesondere für jene Weltgesellschaft aussehen könnte, die zumal im 21. Jahrhundert die politische und menschliche Gemeinschaft ist, der wir alle angehören. Ich behaupte selbstverständlich nicht, die am Ende dieses Buchs gezogenen Schlüsse seien die einzig möglichen. Sie scheinen mir indes die logischsten zu sein, die sich aus den verfügbaren historischen Erfahrungen und den Materialien ziehen lassen, die ich zusammentragen werde. Und ich werde die Motive und Vergleiche, die mir zur Rechtfertigung dieser oder jener Schlussfolgerung am unerlässlichsten scheinen, besonders deutlich herauszuarbeiten versuchen (ohne zu verhehlen, wie groß die verbleibenden Ungewissheiten sind). Aber es liegt auf der Hand, dass die Kenntnisse und Überlegungen, auf denen diese Schlüsse beruhen, äußerst begrenzt sind. Dieses Buch ist nur ein sehr kleiner Schritt in einem kollektiven Lernprozess, und ich bin unendlich gespannt auf die nächsten Etappen dieses Menschheitsabenteuers.

Ich möchte denn auch gegenüber denen, die über wachsende Ungleichheit und identitäre Irrwege klagen, aber auch denen, die fürchten, ich könnte meinerseits klagen, ausdrücklich betonen, dass dies keineswegs ein Klagebuch ist. Ich bin im Gegenteil von Haus aus optimistisch, und meine Hauptabsicht ist es, zu einer Lösung der Probleme beizutragen, vor denen wir stehen. Es ist nicht verboten, statt dauernd auf das halbleere Glas vor sich zu starren, über die Fähigkeit menschlicher Gesellschaften zu staunen, neue Institutionen zu erfinden, neue Bündnisse zu schließen und Millionen (mitunter auch Hunderte Millionen, ja Milliarden) von Menschen dazu zu bewegen, sich zusammenzutun, Menschen, die sich nie begegnet sind und nie begegnen werden und einander auch ignorieren oder zerstören könnten, statt sich Regeln friedlichen Zusammenlebens aufzuerlegen, obwohl man doch über die

ideale Ordnung und also über die Regeln, denen zu folgen recht und billig ist, so wenig weiß. Diese Fähigkeit, auf neue Institutionen zu sin-
nen, hat freilich auch Grenzen und muss einer sorgfältigen Analyse
unterzogen werden. Zu behaupten, Ungleichheit sei ideologischer und
politischer, nicht ökonomischer oder technologischer Natur, heißt nicht
schon, sie ließe sich wie durch Zauberhand aus der Welt schaffen. Es
heißt bloß, sehr viel bescheidener, dass man die ideologisch-institutio-
nelle Vielfalt menschlicher Gesellschaften ernst nehmen und sich vor
allen Diskursen hüten muss, die Ungleichheiten naturalisieren und die
Existenz von Alternativen leugnen wollen. Und es heißt auch, dass es
die institutionellen Einrichtungen und die geltenden Rechts-, Steuer-
und Bildungsnormen in den verschiedenen Länder en détail zu unter-
suchen gilt. Denn mit dem guten Willen allein, den man gewiss jedem
unterstellen sollte, ist es nicht getan. Er muss in tragfähigen kognitiven
und institutionellen Dispositiven konkrete Gestalt annehmen, und da-
rum bleiben es die Details, die ausschlaggebend sind und von denen es
abhängt, ob Zusammenarbeit funktioniert und die Gleichheit Fort-
schritt macht (oder nicht). Falls es mir gelingt, etwas von diesem ver-
nünftigen Staunen dem Leser mitzuteilen und ihn zu überzeugen, dass
historische und ökonomische Kenntnisse zu wichtig sind, um sie ande-
ren zu überlassen, ist mein Ziel auch schon erreicht.

Die in diesem Buch benutzten Quellen.
Ungleichheiten und Ideologien

Dieses Buch stützt sich auf zwei große Typen historischer Quellen:
zum einen Quellen, anhand derer sich die Entwicklung von Ungleich-
heiten aus einer historischen, vergleichenden und mehrdimensionalen
Perspektive einschätzen lässt (Ungleichheit des Einkommens, Lohns,
Vermögens, Geschlechts, Alters, Berufs, Status, der Herkunft, Religion,
Rasse etc.); und zum anderen Quellen, die es erlauben, die Wandlungen
von Ideologien, politischen Überzeugungen und Ungleichheitsvorstel-
lungen wie der ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen,
die sie strukturieren, nachzuverfolgen.

Was die Ungleichheiten anbelangt, so werde ich mich namentlich auf
die im Rahmen der *World Inequality Database* (WID.world) gesammel-
ten Daten stützen. Dieses Projekt beruht auf den vereinten Anstrengun-

gen von mehr als 100 Forschern, die inzwischen mehr als 80 Länder auf sämtlichen Kontinenten abdecken. Es stellt die umfassendste derzeit verfügbare Datenbank zur historischen Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit dar, zwischen Ländern so gut wie innerhalb dieser Länder. Das Projekt WID.world ist aus historischen Arbeiten hervorgegangen, die Anfang der 2000er Jahre von Anthony Atkinson und Emmanuel Saez in Angriff genommen wurden, um die in den 1950er und 1970er Jahren von Kuznets, Atkinson und Harrison angestregten Untersuchungen zu verallgemeinern und zu erweitern.¹ Diese Arbeiten beruhen auf einer systematischen Gegenüberstellung der verfügbaren Quellen, insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Ergebnisse von Umfragen sowie der Steuer- und Erbschaftsstatistiken, die es erlauben, auf das ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert zurückzugehen, einen Zeitraum, in dem in zahlreichen Ländern progressive Einkommen- und Erbschaftsteuersysteme ins Leben gerufen wurden. Dadurch wurde es auch möglich, mehr über den Reichtum in Erfahrung bringen (Steuern dienen nicht nur dazu, für Steuereinnahmen und Unmut zu sorgen, sondern sind stets auch ein Mittel der Begriffsbildung und des Erkenntnisgewinns). Manche Länder erlauben sogar schon Untersuchungen zum ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Das gilt namentlich für Frankreich, wo im Gefolge der Revolution früh schon ein einheitliches System von Eigentumsverzeichnissen eingeführt wurde, das auch Eigentumsübertragungen registrierte. Diese Forschungen haben es ermöglicht, das Phänomen des Anstiegs von Ungleichheiten, das seit den 1980er Jahren zu beobachten ist, in einer langfristigen Perspektive zu verfolgen, und damit zu einer weltweiten öffentlichen Diskussion dieser Fragen beigetragen, wie es das Interesse belegt, auf das mein 2013 veröffentlichtes *Kapital im 21. Jahrhundert*

1 Siehe die wegweisenden Arbeiten von S. Kuznets, *Shares of Upper Income Groups in Income and Savings*, NBER 1953 (eine Studie, die Zahlen aus Einkommensteuererklärungen und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (zu deren Entstehung Kuznets selbst beigetragen hatte) von 1913–1948 in den Vereinigten Staaten auswertet), sowie A. Atkinson, A. Harrison, *Distribution of Personal Wealth in Britain*, Cambridge University Press 1978 (ein Buch, das sich vor allem auf britische Nachlassstatistiken der Jahre 1923–1972 stützt). Siehe auch T. Piketty, *Les Hauts Revenus en France au XX^e siècle*, Paris: Grasset 2001; A. Atkinson, T. Piketty, *Top Incomes over the 20th Century. A Contrast between Continental-European and English-Speaking Countries*, Oxford: Oxford University Press 2007; *Top Incomes: a Global Perspective*, Oxford: Oxford University Press 2010; T. Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C.H.Beck 2014, S. 33–39.

ebenso stieß wie der 2018 publizierte *World Inequality Report*.¹ Dieses Interesse belegt auch, wie sehr es der Demokratisierung ökonomischer Kenntnisse und der politischen Teilhabe bedarf. In immer besser gebildeten und informierten Gesellschaften wird es immer inakzeptabler, Wirtschafts- und Finanzfragen der fragwürdigen Kompetenz einer kleinen Gruppe von Experten zu überlassen. Es ist nur zu verständlich, dass eine wachsende Zahl von Bürgern den Wunsch hat, sich nicht nur ihre eigene Meinung zu bilden, sondern sich einzumischen. Die Wirtschaft steht im Zentrum der Politik; und sie lässt sich nicht delegieren, so wenig wie die Demokratie.

Leider sorgen insbesondere der Mangel an wirtschaftlicher und finanzieller Transparenz und der erschwerte Zugang zu Steuer-, Verwaltungs- und Bankdaten in zu vielen Ländern dafür, dass die verfügbaren Daten zu Ungleichheiten unvollständig bleiben. Dank der Unterstützung von Hunderten von Bürgern, Forschern und Journalisten haben wir in den letzten Jahren Quellen erschließen können, zu denen uns die Regierungen der fraglichen Länder den Zugang verwehrt hatten, so zum Beispiel in Brasilien und Indien, Südafrika und Tunesien, im Libanon und in Elfenbeinküste, in Korea und Taiwan, Polen und Ungarn und, in leider geringerem Umfang, in China und Russland. Zu den vielfältigen Unzulänglichkeiten meines Buchs von 2013 zählt auch sein Okzidental-Zentrismus: Es räumt den Erfahrungen der sogenannten «westlichen» Länder (Westeuropa, Nordamerika, Japan) unverhältnismäßig großen Raum ein. Das liegt zum Teil daran, dass die Quellen für andere Länder schwer zugänglich waren. Die jetzt in *WID.world* verfügbaren und erschlossenen Daten erlauben es mir in diesem neuen Buch, über den westlichen Rahmen hinauszugehen und eine reichere Analyse der Vielfalt der Ungleichheitsregime, aber auch möglicher anderer Wegverläufe und Abzweigungen vorzulegen. Trotz dieses Fortschritts muss ich aber betonen, dass die verfügbaren Daten höchst unzulänglich bleiben, in den reichen Ländern übrigens ebenso wie in den armen.

Auch musste ich auf zahlreiche andere Quellen und Materialien zurückgreifen, die sich auf Zeiträume, Länder oder Aspekte beziehen, die von *WID.world* nur unzureichend erfasst werden, zum Beispiel auf die vorindustriellen Gesellschaften oder die Kolonialgesellschaften, aber

¹ Siehe F. Alvaredo, L. Chancel, T. Piketty, E. Saez, G. Zucman, *Die weltweite Ungleichheit 2018 (World Inequality Report)*, München: C.H.Beck 2018. Der Bericht ist auch im Internet verfügbar: <http://wir2018.wid.world>.

auch auf Status-, Berufs-, Bildungs-, Geschlechter-, Rassen- oder Religionsungleichheiten.

Was die Ideologien anbelangt, sind die verwendeten Quellen naturgemäß sehr unterschiedlicher Art. Selbstverständlich werde ich die klassischen Quellen konsultieren: Parlamentsdebatten, politische Reden, Programme und Wahlplattformen der Parteien. Ich werde Texte von Theoretikern ebenso zu Wort kommen lassen wie Texte von politischen Akteuren, da beide eine wichtige geschichtliche Rolle spielen. Sie werfen ein zusätzliches Licht auf Muster der Rechtfertigung von Ungleichheit, die in verschiedenen Epochen an der Tagesordnung waren. Das gilt für die Texte der Bischöfe des beginnenden 11. Jahrhunderts, denen es darum zu tun ist, die trifunktionale Differenzierung der Gesellschaft in klerikale, kriegerische und arbeitende Klasse zu legitimieren, über die Schriften, mit denen der demokratische Senator von South Carolina und Vizepräsident der Vereinigten Staaten John Calhoun in den 1830er Jahren die «Sklaverei als positives Gut» (*slavery as a positive good*) gerechtfertigt hat, bis zu den einflussreichen neo-proprietaristischen und mit der Diktatur liebäugelnden Texten, die zu Beginn der 1980er Jahre von Friedrich von Hayek veröffentlicht wurden (*Law, legislation and liberty*). Und es gilt auch für die Texte Xi Jinpings und der *Global Times* über den neokommunistischen chinesischen Traum, die ebenso aufschlussreich sind wie die Tweets von Donald Trump oder die Artikel des *Wall Street Journal* und der *Financial Times* über die hyperkapitalistische Vision nordamerikanischen und angelsächsischen Zuschnitts. All diese Ideologien müssen ernst genommen werden, nicht bloß, weil sie den Lauf der Dinge maßgeblich beeinflussen, sondern auch, weil sie auf die eine oder andere Weise von (mehr oder weniger überzeugenden) Versuchen Zeugnis ablegen, komplexen sozialen Realitäten einen Sinn zu verleihen. Menschliche Wesen können nicht umhin, den Gesellschaften, in denen sie leben, einen Sinn zu verleihen, wie groß die Ungerechtigkeit und Ungleichheit in ihnen auch sein mögen. Ich lasse mich von dem Prinzip leiten, dass sich aus den Verlautbarungen, in denen diese unterschiedlichen Schemata zum Ausdruck kommen, stets etwas lernen lässt, und dass einzig ein Studium der Gesamtheit dieser Diskurse und historischen Wegverläufe uns in Stand setzt, nützliche Lehren für die Zukunft aus ihnen zu ziehen.

Ich werde auch auf die Literatur zurückgreifen, die häufig eine der besten Quellen ist, um zu veranschaulichen, wie die Vorstellungen von Ungleichheit sich gewandelt haben. In *Das Kapital im 21. Jahrhundert*

habe ich mich vor allem auf den klassischen europäischen Roman des 19. Jahrhunderts und namentlich auf die Texte von Balzac oder Jane Austen bezogen, die uns einen unersetzlichen Blick auf die Eigentümergesellschaften eröffnen, die ihre Blüte in Frankreich und in Großbritannien zwischen 1790 und 1830 erlebten. Beide Romanciers verfügten über eine intime Kenntnis der Eigentumshierarchie ihrer Zeit. Niemand kannte deren geheime Triebfedern und verborgene Schranken besser, niemand deren unausbleibliche Folgen für das Leben der Männer und Frauen, von denen ihre Romane handeln, für das Ränkespiel der Rendezvous und Heiraten, für die Hoffnungen und Nöte. Austen und Balzac analysieren die Tiefenstruktur der Ungleichheiten, ihre Rechtfertigungen, ihre Auswirkungen auf das Leben jedes Einzelnen, sie führen sie uns mit einer Ungeschminktheit und Kraft vor Augen, mit der keine politische Rede, kein sozialwissenschaftlicher Text sich je wird messen können.

Wir werden sehen, dass diese einzigartige Fähigkeit der Literatur, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen sozialen Gruppen zum Vorschein zu bringen und zu ergründen, wie Ungleichheiten von den Einzelnen erfahren werden, in allen Gesellschaften zu finden ist und ein unschätzbaren Zeugnis von ganz unterschiedlichen Ungleichheitsregimen ablegt. In *La voluntad y la fortuna*, seinem großartigen Fresko von 2008, zeichnet Carlos Fuentes wenige Jahre vor seinem Tod ein eindringliches Gemälde des mexikanischen Kapitalismus und der sozialen Gewalt, die sein Land durchzieht. Pramodya Ananta Toer führt uns in seinem 1980 veröffentlichten *Garten der Menschheit* mit einer Schonungslosigkeit und Wahrhaftigkeit, an die keine andere Quelle heranreicht, das Räderwerk des niederländischen Kolonial- und Ungleichheitsregimes im Indonesien des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts vor Augen. Und Chimanda Ngozie Adichies *Americanah* wirft einen stolzen und ironischen Blick auf die Migrationsschicksale der nigerianischen Exilanten Ifemelu und Obinze, die es in die Vereinigten Staaten und nach Europa verschlägt, und bietet uns damit einen einzigartigen Einblick in eine der bedrückendsten Dimensionen des heutigen Ungleichheitsregimes.

Um die Ideologien und ihren Wandel zu untersuchen, wird sich dieses Buch auch auf eine systematische und neuartige Auswertung von Nachwählerhebungen stützen, die in den meisten Ländern durchgeführt wurden, in denen seit dem Zweiten Weltkrieg Wahlen stattgefunden

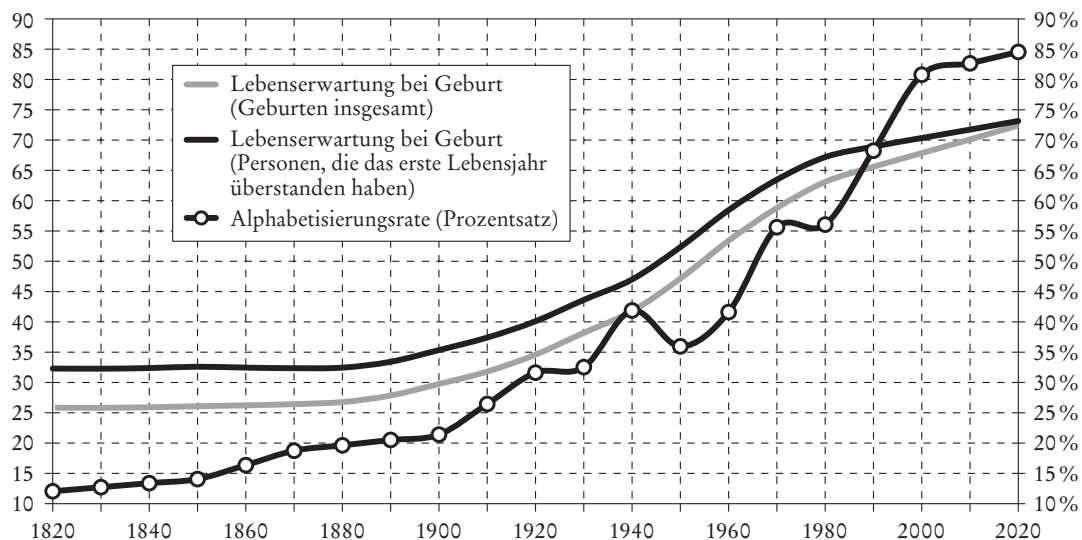
haben. Bei allen ihrer Unzulänglichkeiten sind diese Erhebungen ein wahres Observatorium, das einen unschätzbaren Ausblick auf die verschiedenen Dimensionen der politischen und ideologischen, die Wählerschaft spaltenden Auseinandersetzungen von den 1940er bis zum Ende der 2010er Jahre eröffnet, und das nicht allein in praktisch allen westlichen Ländern (namentlich in Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, mit denen ich mich besonders eingehend befasse), sondern auch in zahlreichen anderen, die ich untersuche, insbesondere Indien, Brasilien oder Südafrika. Es ist, neben seiner Konzentration auf den Westen, eine der gravierendsten Unzulänglichkeiten meines Buchs von 2013, dass es die politisch-ideologischen Entwicklungen, von denen die Entwicklung der Ungleichheit und Umverteilung sich nicht ablösen lässt, als eine Art *black box* behandelt. Gewiss stelle ich dort ein paar Hypothesen zu diesen Entwicklungen auf, zum Beispiel darüber, wie sich die Vorstellungen von Ungleichheit und Privateigentum und die Einstellungen zu ihnen im Gefolge der Weltkriege im 20. Jahrhundert, der Wirtschaftskrisen und der kommunistischen Herausforderung verändert haben, aber ohne die Frage nach der Entwicklung von Ungleichheitsideologien wirklich als solche anzugehen. Das ist es, was ich in dieser neuen Arbeit sehr viel ausdrücklicher zu tun versuche, indem ich diese Frage in eine zeitlich und räumlich ungleich weitere Perspektive einrücke und mich namentlich auf jene Nachwahlerhebungen, aber auch auf andere Quellen stütze, anhand derer sich die Entwicklung von Ideologien analysieren lässt.

Der menschliche Fortschritt, die Wiederkehr der Ungleichheiten
und die Vielfalt der Welt

Kommen wir zur Sache. Es gibt menschlichen Fortschritt, aber er ist anfällig und kann jederzeit auf den inegalitären und identitären Irrwegen dieser Welt versanden. Es gibt menschlichen Fortschritt – um sich davon zu überzeugen, muss man sich nur die globale Entwicklung von Gesundheit und Bildung in den letzten beiden Jahrhunderten vor Augen führen (siehe Grafik 0.1) Die Lebenserwartung ist weltweit von ungefähr 26 Jahren um 1820 auf 72 im Jahr 2020 gestiegen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lag die Säuglingssterblichkeit bei etwa 20 %, heute liegt sie bei weniger als 1 %. Konzentriert man sich auf Personen, die das erste Lebensjahr überstanden haben, ist die Lebenserwartung bei

der Geburt von 32 Jahren um 1820 auf 73 im Jahr 2020 gestiegen. Man könnte andere Indikatoren zugrunde legen: die Wahrscheinlichkeit, dass ein Neugeborenes 10 Jahre alt wird oder ein Erwachsener 60 Jahre alt wird oder eine ältere Person 5 oder 10 Jahre ihres Ruhestands bei guter Gesundheit verlebt. Aber welchen Indikator man auch nimmt, die langfristige Verbesserung ist beeindruckend. Gewiss lassen sich, was im Allgemeinen kein gutes Licht auf die fraglichen Regime wirft, Länder oder Zeiten finden, in denen die Lebenserwartung sinkt, und zwar selbst in Friedenszeiten, so in der Sowjetunion der 1970er oder den Vereinigten Staaten der 2010er Jahre. Aber langfristig ist der Verbesserungstrend unbestreitbar, und zwar in allen Teilen der Welt, wie unzulänglich die demografischen Quellen auch sein mögen.¹

Gesundheit und Bildung weltweit, 1820–2020



Grafik 0.1.: Die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (Geburten insgesamt) ist von ungefähr 26 Jahre im weltweiten Durchschnitt im Jahr 1820 auf 72 Jahre im Jahr 2020 angestiegen. Die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt aller Personen, die das Alter von einem Jahr erreichen, ist von 32 Jahre auf 73 Jahre angestiegen (die Säuglingssterblichkeit vor Vollendung des ersten Lebensjahres ist von 20 % im Jahr 1820 auf weniger als 1 % im Jahr 2020 gesunken). Die Alphabetisierungsrate innerhalb der Weltbevölkerung im Alter von 15 Jahren oder älter ist von 12 % auf 85 % gestiegen.
Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

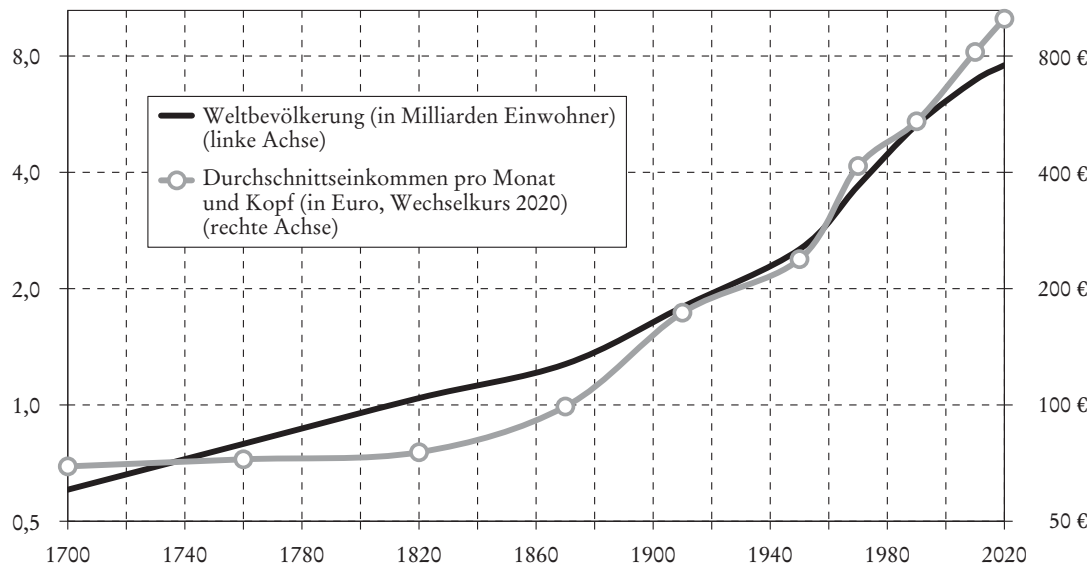
¹ Um 1820 betrug die Lebenserwartung von Menschen, die das erste Lebensjahr vollendet hatten, in Afrika und Asien etwa 30 Jahre und in Westeuropa etwa 41 Jahre (bei einem weltweiten Durchschnitt von etwa 32 Jahren); um 2020 wird sie in Schwarzafrika bei 56 Jahren und in den wohlhabendsten Ländern Europas und Asiens bei über 80 Jahren liegen (bei einem weltweiten Durchschnitt von etwa 73 Jahren). So unzulänglich diese Schätzungen sind, so eindeutig sind die Größenordnungen. Die jeweilige Lebenserwartung geht aus der im fraglichen Jahr beobachteten Sterblichkeit nach Alter hervor (die Lebenserwartung der in diesem Jahr geborenen Menschen ist daher etwas höher). Siehe Technischer Anhang.

Die Menschheit erfreut sich heute besserer Gesundheit als je zuvor, und sie hatte nie besseren Zugang zu Bildung und Kultur. Anfang des 19. Jahrhunderts gab es noch keine Unesco, die, wie sie es seit 1958 tut, die Rate der Alphabetisierung gemessen hätte, das heißt die Fähigkeit einer Person «eine einfache und kurze, auf ihren Alltag bezogene Mitteilung zu lesen, zu schreiben und zu verstehen.» Anhand der in zahlreichen Erhebungen zusammengetragenen Informationen lässt sich aber schätzen, dass zu Beginn des 19. Jahrhunderts kaum 10 % der weltweiten Bevölkerung über 15 Jahre alphabetisiert waren, gegenüber den 85 %, die es heute sind. Erneut würden trennschärfere Indikatoren, wie die Durchschnittszahl der absolvierten Schuljahre, die Diagnose bestätigen: Vor zwei Jahrhunderten ging man kaum ein Jahr zur Schule, heute sind es weltweit acht und in den am weitesten entwickelten Ländern mehr als zwölf Jahre. Zu Balzacs und Austens Zeiten besuchten weniger als 10 % der Weltbevölkerung die Grundschule, zu Zeiten von Adichie und Fuentes studieren mehr als die Hälfte der jungen Generation in den reichen Ländern an einer Universität: Was früher Klassenprivileg war, steht jetzt der Mehrzahl offen.

Um sich das Ausmaß der fraglichen Veränderungen vor Augen zu führen, muss man auch bedenken, dass seit dem 18. Jahrhundert die menschliche Bevölkerung ebenso wie das Durchschnittseinkommen um mehr als das Zehnfache gewachsen ist. Erstere ist von ungefähr 600 Millionen um 1700 auf mehr als 7 Milliarden im Jahr 2020 gestiegen, während letzteres, soweit man es messen kann, von einer durchschnittlichen Kaufkraft (in Euro von 2020 ausgedrückt) von weniger als 100 Euro pro Monat und Erdbewohner um 1700 auf etwa 1000 Euro im Jahr 2020 gestiegen ist (siehe Grafik 0.2). Es ist indessen nicht ausgemacht, ob diese beträchtlichen quantitativen Zuwächse – und man sollte nicht vergessen, dass beide einer Wachstumsrate von jährlich 0,8 % entsprechen, akkumuliert freilich über mehr als drei Jahrhunderte (nicht der schlechteste Beweis, dass es am Ende gar kein Wachstum von 5 % braucht, um das Glück auf Erden zu finden) –, ob diese Zuwächse also ebenso unbestreitbar einen «Fortschritt» darstellen, wie bessere Gesundheit und Bildung es tun.

Die Einschätzung dieser Entwicklungen fällt in der Tat zweischneidig aus, und in beiden Fällen stehen uns noch komplexe Diskussionen bevor. Gewiss ist es zum Teil die sinkende Kindersterblichkeit, die sich im Bevölkerungswachstum ausspricht, und mit ihr die Tatsache, dass

Bevölkerung und Durchschnittseinkommen weltweit, 1700–2020



Grafik 0.2.: Die Weltbevölkerung sowie das durchschnittliche Nationaleinkommen haben sich zwischen 1700 und 2020 mehr als verzehnfacht: Erstere ist von ungefähr 600 Millionen Menschen im Jahr 1700 auf mehr als 7 Milliarden im Jahr 2020 gestiegen; letzteres, wiedergegeben als Kaufkraft (in Euro von 2020), ist von kaum 80 € pro Monat und Kopf im Jahr 1700 auf ungefähr 1000 € pro Monat und Kopf im Jahr 2020 gestiegen.

Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

eine wachsende Zahl von Eltern ihre Kinder aufwachsen sehen darf, was keine geringe Errungenschaft ist. Aber das ändert nichts daran, dass wir bei einem Bevölkerungszuwachs, der sich im selben Rhythmus fortsetzt, in drei Jahrhunderten 70 Milliarden Menschen wären. Erstrebenswert ist das kaum, und der Planet würde es auch nicht verkraften. Im Anstieg des Durchschnittseinkommens spricht sich unter anderem auch eine ganz reale Verbesserung der Lebensverhältnisse aus (drei Viertel der Erdbewohner lebten im 18. Jahrhundert unterhalb des Existenzminimums, gegenüber weniger als einem Fünftel heute). Aber das ändert wiederum nichts an einer ganzen Reihe von Problemen, die gerade von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterschlagen werden, auf die wir uns hier stützen, um die langfristige Entwicklung des Durchschnittseinkommens zu beschreiben. Seit ihrer Erfindung im ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts in Großbritannien und Frankreich versuchen sie das Nationaleinkommen, das Bruttoinlandseinkommen und manchmal auch das Nationalkapital der Länder zu messen. Von ihrer Konzentration auf Durchschnitts- und Gesamtwerte und dem vollständigen Fehlen jeder Berücksichtigung von Ungleichheiten einmal abgesehen, beginnen sie nur viel zu langsam, der

Frage der Nachhaltigkeit des Human- und Naturkapitals Rechnung zu tragen. Zudem sollte man nicht ihre Fähigkeit überschätzen, vielschichtige Veränderungen von Lebensbedingungen und Kaufkraft über so lange Zeiträume hinweg in einem einzigen Indikator zusammenzufassen.¹

Hinter den Fortschritten, die tatsächlich im Hinblick auf Gesundheit, Bildung und Kaufkraft gemacht wurden, verbergen sich denn auch enorme Ungleichheiten und Schwächen. 2018 lag die Säuglingssterblichkeit, also die Sterblichkeit von Kindern unter einem Jahr, in den reichsten europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Ländern bei 0,1 %, in den ärmsten afrikanischen Ländern aber bei fast 10 %. Und das weltweite Durchschnittseinkommen erreichte tatsächlich 1000 Euro pro Monat und Kopf, aber während es sich in den ärmsten Ländern auf 100–200 Euro beschränkte, lag es in den reichsten Ländern bei 3000–4000 Euro und noch höher in einigen kleinen Steuerparadiesen, die manche (nicht ohne Grund) verdächtigen, den Rest des Planeten zu plündern, ausgenommen natürlich Länder, deren Wohlstand auf CO₂-Emissionen und der künftigen Erderwärmung beruht. Es hat also durchaus Fortschritte gegeben, aber das ändert nichts daran, dass man es besser machen kann und vor diesem Hintergrund ernsthaft in sich gehen sollte, statt sich am Gefühl der Glückseligkeit ob globaler Erfolge zu berauschen.

Vor allem sollten wir über dem unbestreitbaren Fortschritt nicht vergessen, dass diese sehr langfristige Entwicklung von finsternen Zeiten der Ungleichheit und zivilisatorischen Rückschritten begleitet wurde. Die euro-amerikanische «Aufklärung» und die Industrielle Revolution gründeten sich auf extrem gewaltsame Systeme proprietaristischer, sklavenhaltender und kolonialistischer Herrschaft und Unterdrückung, die im Laufe des 18., 19. und 20. Jahrhundert ein historisch beispielloses

1 Zur Erinnerung: Das genannte Nationaleinkommen (auf das ich mich in diesem Buch häufig beziehen werde) ist der hier zugrundegelegten Definition nach das Bruttoinlandsprodukt, abzüglich der Kapitalentwertung (die sich praktisch auf etwa 10–15 % des Bruttoinlandsprodukts beläuft) und abzüglich oder zuzüglich der Nettoeinkommen aus dem Ausland (ein Betrag, der je nach Land positiv oder negativ ausfallen kann, der sich aber im Weltmaßstab ausgleicht). Siehe T. Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, a. a. O., Kapitel 1–2. Ich werde wiederholt auf die gesellschaftspolitischen Fragen zu sprechen kommen, die die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ihre vielfältigen Unzulänglichkeiten aufwerfen, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung. Siehe vor allem a. a. O., Kapitel 13.

Ausmaß annahmen, bevor die europäischen Mächte zwischen 1914 und 1950 schließlich in genozidaler Selbstzerstörung versanken. Dieselben Mächte haben dann die Dekolonialisierungen der 1950er Jahre vorangetrieben, im selben Augenblick, da die Regierungen der Vereinigten Staaten schließlich begannen, die Bürgerrechte auf die Nachkommen von Sklaven auszudehnen. Die mit dem kommunistisch-kapitalistischen Konflikt einhergehende Angst vor dem atomaren Weltuntergang war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen 1989–1991 gerade erst verflogen, die südafrikanische Apartheid gerade erst abgeschafft, als seit den 2000er Jahren mit der Klimaerwärmung und einer allgemeinen Tendenz zur identitären und xenophoben Abschottung neues Unheil über die Welt kam – und all das im Kontext eines beispiellosen, von einer besonders radikalen neo-proprietaristischen Ideologie angekurbelten Anstiegs sozio-ökonomischer Ungleichheiten seit den 1980er Jahren. Zu behaupten, all diese Episoden, die vom 18. bis zum 21. Jahrhundert zu beobachten waren, seien notwendig und unverzichtbar gewesen, um dem menschlichen Fortschritt zum Sieg zu verhelfen, hätte kaum Sinn. Es waren andere Wegverläufe und Ungleichheitsregime denkbar, und andere Wegverläufe und egalitärere Regime sind auch weiterhin möglich.

Wenn die Weltgeschichte der letzten drei Jahrhunderte uns eines gelehrt hat, dann dies: Der menschliche Fortschritt verläuft nicht linear und nichts entspricht der Wahrheit weniger als die Hypothese, es werde alles immer besser und der freie Wettbewerb unter Staatsmächten und Wirtschaftsakteuren Sorge schon dafür, uns wie durch ein Wunder zu universaler sozialer Eintracht zu führen. Es gibt menschlichen Fortschritt, aber er ist ein Kampf, und er setzt vor allem eine sorgfältige Analyse vergangener historischer Entwicklungen voraus, mit allem, was sie an Gutem und Schlechtem bereithalten.

Die Wiederkehr der Ungleichheiten. Erste Anmerkungen

Der Wiederanstieg sozio-ökonomischer Ungleichheiten, der seit den 1980er Jahren in den meisten Ländern und Regionen der Erde zu verzeichnen ist, zählt zu den beunruhigendsten strukturellen Umwälzungen, mit denen die Welt im beginnenden 21. Jahrhundert konfrontiert ist. Auch werden wir sehen, dass es sehr schwierig ist, Lösungen für die

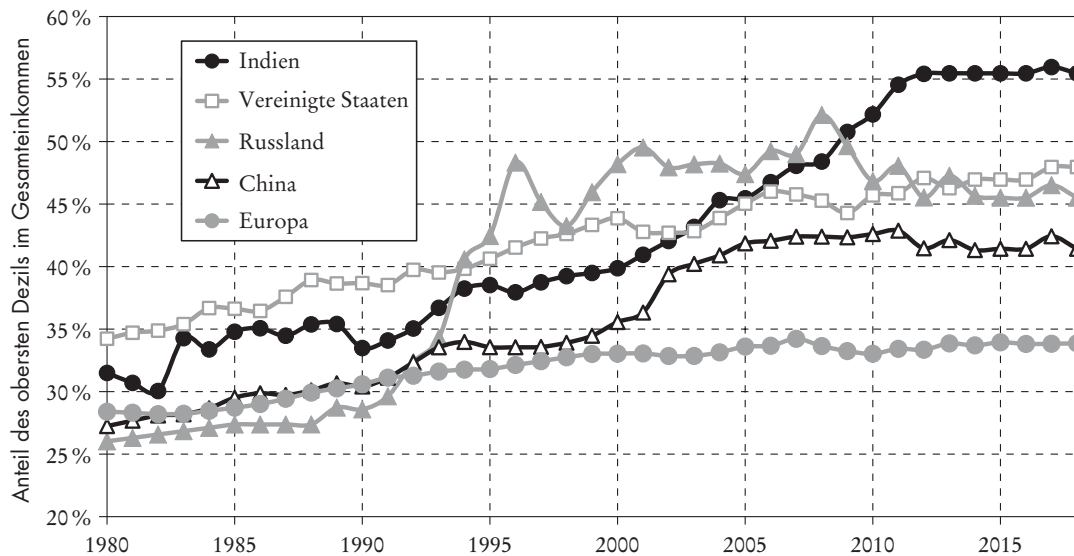
anderen großen Herausforderungen unserer Zeit ins Auge zu fassen, solange es nicht zugleich gelingt, diese Ungleichheiten abzubauen und Gerechtigkeitsnormen durchzusetzen, die für die Mehrzahl annehmbar sind.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Entwicklung eines einfachen Indikators, nämlich den Anteil des obersten Dezils (das heißt der 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen) am Gesamteinkommen in verschiedenen Teilen der Welt seit 1980. Dieser Anteil müsste sich im Falle absoluter sozialer Gleichheit auf 10 %, im Falle absoluter sozialer Ungleichheit auf 100 % belaufen. In der Praxis bewegt er sich natürlich stets zwischen diesen beiden Extremen, das aber mit erheblichen zeitlichen und räumlichen Schwankungen. So ist im Laufe der letzten Jahrzehnte in praktischen allen Ländern eine Tendenz nach oben zu verzeichnen. Vergleicht man die Fälle Indiens, der Vereinigten Staaten, Russlands, Chinas und Europas, so stellt man fest, dass der Anteil des obersten Dezils in jeder dieser fünf Regionen um 1980 zwischen 25 und 35 % lag, während er 2018 zwischen 35 und 55 % liegt (siehe Grafik 0.3). Angesichts des Ausmaßes dieser Entwicklung wird man sich fragen dürfen, wie weit sie noch gehen mag: Wird der Anteil des obersten Dezils sich in ein paar Jahrzehnten auf 55–75 % des Gesamteinkommens belaufen? Und wird es immer so weiter gehen? Erkennbar ist auch, dass dieser Anstieg der Einkommensungleichheit je nach Region erheblich schwankt, und zwar auch bei gleichem Entwicklungsstand. So haben die Ungleichheiten in den Vereinigten Staaten sehr viel rascher zugenommen als in Europa und in Indien sehr viel stärker als in China. Ein detaillierte Analyse der Daten zeigt auch, dass diese wachsende Ungleichheit vor allem zu Lasten der ärmsten 50 % ging, deren Anteil am Gesamteinkommen sich 1980 auf 20–25 % belief, 2018 dagegen auf 15–20 % und in den Vereinigten Staaten, besonders beunruhigend, auf nur noch 10 % gesunken ist.¹

In einer längerfristigen Perspektive fällt auf, dass die in Grafik 0.3

¹ Europa entspricht in dem Sinne, in dem es in Grafik 0.3 und, falls nicht ausdrücklich anders vermerkt, im Fortgang des Buchs verstanden wird, der Europäischen Union einschließlich der angeschlossenen Länder und zählt damit insgesamt mehr als 540 Millionen Einwohner (von denen etwa 420 Millionen in Westeuropa, 120 Millionen in Osteuropa und 520 in der EU im strengen Sinne unter Einschluss Großbritanniens leben). Russland, die Ukraine und Weißrussland sind nicht eingerechnet. Beschränkt man sich auf Westeuropa, fällt der Abstand zu den Vereinigten Staaten noch größer aus. Siehe Kapitel 12, Grafik 12.9.

Weltweiter Anstieg der Ungleichheiten, 1980–2018



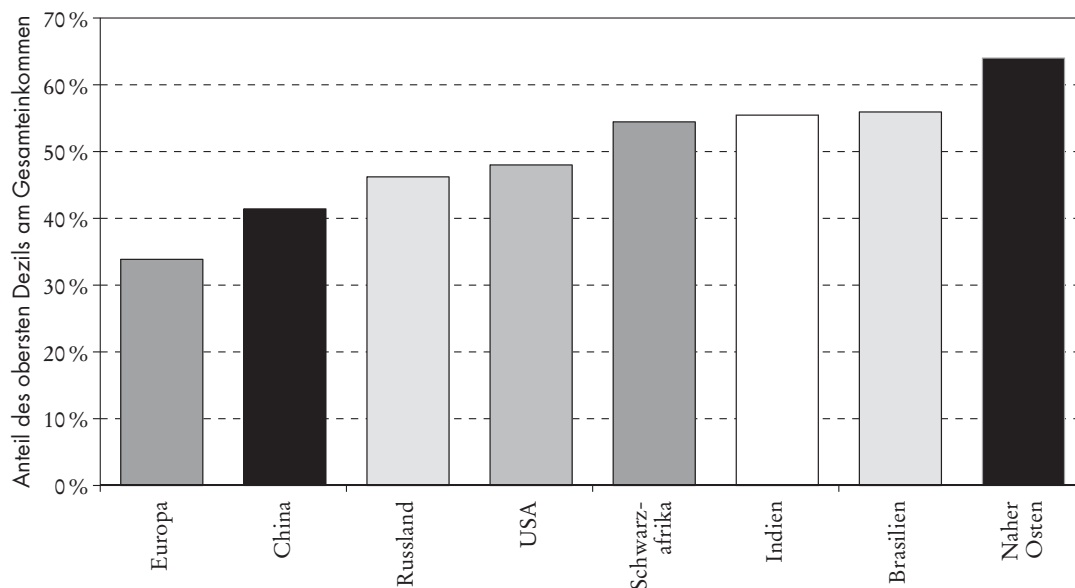
Grafik 0.3.: Der Anteil des obersten Dezils (die einkommensstärksten 10 %) am Nationaleinkommen betrug 1980 in den verschiedenen Regionen der Welt zwischen 26 % und 34 %; im Jahr 2018 zwischen 37 % und 56 %. Der Anstieg der Ungleichheiten ist ein allgemeines Phänomen, aber sein Ausmaß hängt stark von den jeweiligen Ländern ab, auf allen Entwicklungsebenen. Er fällt beispielsweise in den Vereinigten Staaten stärker aus als in Europa (EU) und stärker in Indien als in China. Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

dargestellten fünf großen Teile der Welt zwischen 1950 und 1980 eine historische Phase durchlaufen haben, die von relativer Gleichheit geprägt war, bevor sie seit 1980 in eine Phase wachsender Ungleichheiten eingetreten sind. Der egalitären Phase von 1950 bis 1980 entsprechen Regierungen ganz unterschiedlicher politischer Couleur, je nach Region. In China und Russland waren kommunistische Regierungen am Ruder, während man in Europa und in gewisser Weise auch in den Vereinigten Staaten und Indien von sozialdemokratischen Regierungen sprechen kann: So sehr sie sich, wie wir noch näher untersuchen werden, unterscheiden mochten, so sehr hatten sie miteinander gemein, dass sie eine relative sozio-ökonomische Gleichheit befördert haben (was nicht schon heißt, dass nicht andere Ungleichheiten eine wesentliche Rolle gespielt hätten).

Erweitert man die Perspektive auf andere Teile der Welt, so stellt man fest, dass es Regionen gibt, die noch inegalitärer sind (siehe Grafik 0.4). Der Anteil des obersten Dezils am Gesamteinkommen erreicht zum Beispiel 54 % im Subsaharischen Afrika (ja 65 %, konzentriert man sich auf Südafrika), 56 % in Brasilien und 64 % im Nahen Osten, der gemeinsam mit Südafrika 2018 die inegalitärste Region der Welt zu sein scheint, mit einem Anteil von unter 10 % des Gesamteinkommens

für die ärmsten 50 %.¹ Die Ungleichheit in diesen verschiedenen Regionen ist ganz unterschiedlichen Ursprungs. Da ist in bestimmten Fällen das schwer lastende Erbe rassistischer und kolonialistischer Diskriminierung, ja der Sklaverei (namentlich in Brasilien und Südafrika, wie übrigens auch in den Vereinigten Staaten), aber da sind auch «moderner» Faktoren, im Fall des Nahen Ostens etwa die Hyper-Konzentration eines Ölreichtums, der sich mithilfe der internationalen Märkte und eines ausgeklügelten Rechtssystems in nachhaltige Finanzvermögen verwandelt hat. Die Hauptübereinstimmung zwischen diesen verschiedenen Regimen (Südafrika, Brasilien, Naher Osten) liegt darin, dass sie die äußerste Grenze der Ungleichheit unserer Zeit markieren, mit einem Anteil des obersten Dezils am Gesamteinkommen von 55–65 %. Zudem scheint, so unzulänglich die verfügbaren historischen Daten auch sind, in diesen Regionen das Ungleichheitsniveau immer schon hoch gewesen zu sein: Sie haben nie eine «sozial-demokratische» (und vollends keine kommunistische) egalitäre Phase erlebt.

Die Ungleichheit in den verschiedenen Regionen der Welt, 2018



Grafik 0.4.: Der Anteil des obersten Dezils (die einkommensstärksten 10 %) am gesamten Sozialprodukt betrug 2018 34 % in Europa, 41 % in China, 46 % in Russland, 48 % in den Vereinigten Staaten, 54 % in Schwarzafrika, 55 % in Indien, 56 % in Brasilien und 64 % im Nahen Osten. Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

¹ Die hier für den Nahen Osten vorgelegten Einschätzungen müssen zudem (und das gilt auch für andere Regionen) als Untergrenzen betrachtet werden, da sich die in Steueroasen versteuerten Einkommen nur sehr unzureichend berücksichtigen ließen. Für alternative Einschätzungen siehe Kapitel 13, S. 819–822. Der Nahe Osten wird hier als das Gebiet verstanden, das sich von Ägypten bis zum Iran und von der Türkei bis zur arabischen Halbinsel erstreckt, also ungefähr 420 Millionen Einwohner umfasst.

Wir erleben also, um das zusammenzufassen, einen Wiederanstieg von Ungleichheit seit den 1980er Jahren in praktisch allen Teilen der Welt, ausgenommen diejenigen, die nie etwas anderes als starke Ungleichheit gekannt haben. In gewisser Weise sind die Regionen, die zwischen 1950 und 1980 eine relative Gleichheit erlebt haben, offenbar im Begriff, zur äußersten Grenze der weltweiten Ungleichheit aufzuschließen, freilich mit großen Abweichungen zwischen den Ländern.

Die Elefantenkurve. Für eine unaufgeregte
Debatte über Globalisierung

Der Wiederanstieg der Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder seit 1980 ist ein Phänomen, das inzwischen als solches reich belegt und weithin anerkannt ist. Sich über das Problem einig zu sein, heißt aber offenbar nicht, dass auch Einigkeit über die Lösungen herrscht. Strittig ist weniger das Niveau der Ungleichheit als vielmehr deren Ursprung und das Muster ihrer Rechtfertigung. Man kann zum Beispiel durchaus erwägen, ob nicht unter den russischen und chinesischen kommunistischen Regierungen 1980 die Ungleichheit übermäßig gering war und künstlich gering gehalten wurde, und ob darum der seit den 1980er Jahren zu verzeichnende Wiederanstieg der Einkommensunterschiede am Ende so negativ gar nicht war, sondern im Gegenteil zum Wohle aller, unter Einschluss der niedrigsten Einkommen, dazu beigetragen hat, Innovation und Wachstum anzukurbeln, insbesondere in China, wo die Armut stark abgenommen hat. Ein solches Argument ist potenziell vertretbar, aber nur, wenn es nach aufmerksamer Prüfung aller Kenntnisse, über die wir verfügen, mit Bedacht und Umsicht vorgebracht wird. So lässt sich zum Beispiel nicht jede private Aneignung von Bodenschätzen oder ehemaligen Staatsbetrieben durch russische oder chinesische Oligarchen von 2000–2020 (die den Beweis großer persönlicher Innovationskraft oft schuldig geblieben sind, sieht man von phantasievollen Rechts- und Steuerkonstrukten ab, mit deren Hilfe sie die Beute in Sicherheit brachten) mit dem Hinweis darauf rechtfertigen, in beiden Ländern seien 1980 die Ungleichheiten allzu gering gewesen.

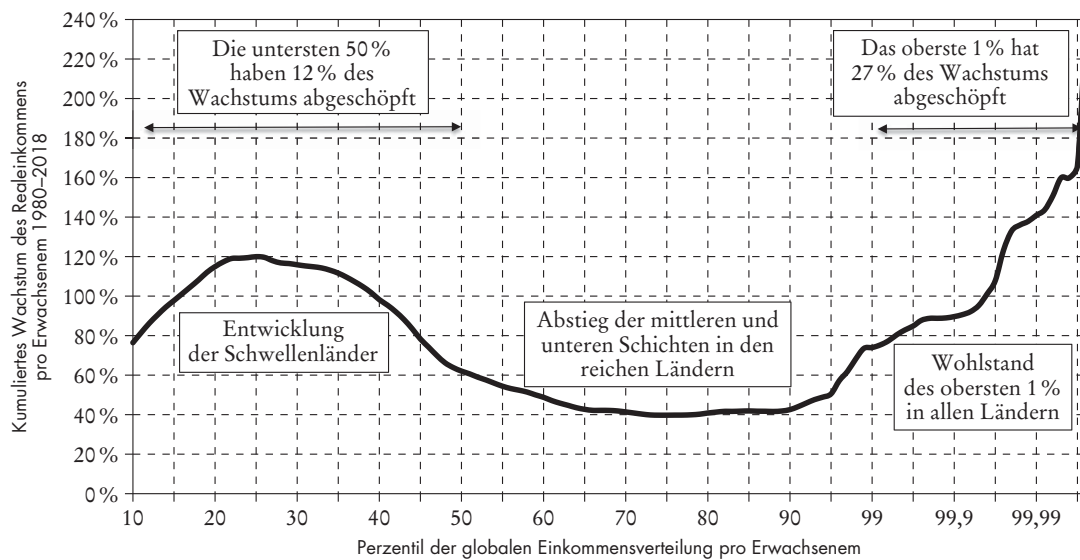
Ein entsprechendes Argument ließe sich auch für den Fall Indiens, Europas und der Vereinigten Staaten vorbringen: Zwischen 1950 und

1980 habe dort übertriebene Gleichheit geherrscht und darum sei es im Interesse auch der Ärmsten notwendig gewesen, dem ein Ende zu setzen. Dieses Argument gilt aber in diesen Fällen nur mit noch größeren Einschränkungen als im Falle Russlands oder Chinas. Es kann jedenfalls nicht dazu herhalten, jeden erdenklichen Ungleichheitsschub, so groß er auch sein mag, zu rechtfertigen – und sich gar nicht erst die Mühe zu machen, ihn in Augenschein zu nehmen. So war zum Beispiel in den Vereinigten Staaten wie in Europa das Wachstum während der egalitären Phase von 1950 bis 1980 stärker als in der folgenden, die sich durch wachsende Ungleichheiten auszeichnete – was berechtigte Zweifel am gesellschaftlichen Nutzen letzterer weckt. Der gegenüber Europa stärkere Anstieg von Ungleichheiten in den Vereinigten Staaten hat seinerseits keinen nennenswerten Wachstumszuwachs gezeitigt, und er kam ganz sicher nicht den ärmsten 50 % zugute, die eine völlige Stagnation ihres absoluten Lebensstandards und ein Sinken ihres relativen Lebensstandards feststellen durften. Und der stärkere Anstieg von Ungleichheiten, der seit 1980 verglichen mit China in Indien zu beobachten war, ging ebenfalls mit einem deutlich niedrigeren Wachstum einher. Die ärmsten 50 % waren dadurch doppelt gestraft: Von einem Wachstum, das insgesamt schwächer war, bekamen sie auch noch weniger ab. Aber so wenig tragfähig sie auch sein mögen, die Argumente, die eine übermäßige Kompression von Einkommensunterschieden zwischen 1950 und 1980 behaupten, müssen gleichwohl ernst genommen werden, zumindest bis zu einem bestimmten Punkt. Wir werden sie im Rahmen dieses Buchs einer genauen Prüfung unterziehen.

Eine besonders transparente und aussagekräftige Weise, die Verteilung globalen Wachstums seit 1980 und die Komplexität der fraglichen Entwicklungen darzustellen, besteht darin, die Position in der globalen Einkommenshierarchie in Relation zur Größe des Wachstums auf dieser Ebene der Hierarchie zu setzen. Man erhält dann, was man «Elefantenkurve» nennen kann (siehe Grafik 0.5).¹ Zusammengefasst: Die Einkommensniveaus, die zwischen dem sechzigsten und dem neun-

1 Die «Elefantenkurve» wurde erstmals von C. Lakner und B. Milanovic vorgestellt. Siehe «Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession», *World Bank Economic Review*, Bd. 30, Nr. 2, 2015, S. 203–232. Die hier vorgelegten Schätzungen entstammen dem *World Inequality Report 2018* und der Datenbank *WID.world*, die eine genauere Berücksichtigung der Spitze der Verteilung erlaubt.

Die «Elefantenkurve» der weltweiten Ungleichheiten, 1980–2018



Grafik 0.5.: Die weltweit einkommensschwächsten 50 % verzeichneten zwischen 1980 und 2018 einen deutlichen Anstieg ihrer Kaufkraft (zwischen +60 % und +120 %); das weltweit einkommensstärkste 1 % verzeichneten einen noch stärkeren Anstieg (zwischen +80 % und +240 %); mittlere Einkommen hingegen einen begrenzteren Anstieg. Zusammengefasst: Die Ungleichheiten haben zwischen dem Sockel und der Mitte der globalen Einkommensverteilung abgenommen und zwischen der Mitte und der Spitze zugenommen.
Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

zigsten Perzentil der globalen Verteilung liegen (das heißt alle, die weder zu den niedrigsten 60 % noch zu den höchsten 10 % der Einkommen zählen), ein Intervall also, das grosso modo der Mittelschicht und den Unterschichten der reichsten Länder entspricht, sind zwischen 1980 und 2018 weitgehend vom globalen Wachstum vergessen worden, das dagegen verstärkt anderen Gruppen, die in der Einkommenshierarchie unter ihnen stehen, also den Haushalten der armen Länder und Schwellenländer (der Elefantenrücken, insbesondere zwischen zwanzigstem und vierzigstem Perzentil), und mehr noch den reichsten Haushalten der reichen Länder und der ganzen Erde zugutekam (der oberste Teil des Rüssels, jenseits des neunundneunzigsten Perzentils, das heißt die obersten 1 % der weltweiten Einkommen, und vor allem die obersten 0,1 % und 0,01 %, die ein Wachstum von mehreren Hundert Prozent verbuchen konnten). Wäre die globale Einkommensverteilung im Gleichgewicht, so müsste diese Kurve flach sein: Alle Perzentile müssten im Durchschnitt mit der gleichen Steigerungsrate zulegen. Es gäbe noch immer Reiche und Arme, und es gäbe noch immer starke individuelle Mobilität, sei es nach oben oder nach unten, aber die Niveaus der Durchschnittseinkommen verschiedener

Perzentile würden sich sämtlich im gleichen Rhythmus steigern.¹ Das globale Wachstum wäre dann jene «Flut, die alle Boote hebt» («a rising tide that lifts all boats»), um die angelsächsische Wendung aufzugreifen, mit der man in der Nachkriegszeit gerne ein Wachstum beschrieb, das allen Einkommensklassen proportional vergleichbar zugutekam. Dass wir von einer flachen Kurve so weit entfernt sind, wirft ein Licht auf die Tragweite der laufenden Veränderungen.

Diese Kurve ist grundlegend für ein besseres Verständnis der zuweilen schwierigen Debatte über Globalisierung: Manche staunen über den Abbau von Ungleichheiten, den das prächtige Wachstum der am wenigsten entwickelten Länder möglich mache, während andere über den massiven, von den Auswüchsen des globalisierten Hyper-Kapitalismus unaufhaltsam vorangetriebenen Anstieg von Ungleichheiten klagen. Tatsächlich steckt in der einen wie der anderen Rede ein Teil der Wahrheit: Zwischen dem Sockel und der Mitte der globalen Einkommenspyramide sind die Einkommensunterschiede kleiner, zwischen der Mitte und der Spitze sind sie größer geworden. Der eine Aspekt der Globalisierung ist so real wie der andere, und es geht nicht darum, den einen oder den anderen zu verleugnen, sondern um die Frage, wie man es anstellen soll, die guten Seiten der Globalisierung zu retten und sich von ihren schlechten Seiten zu befreien. Das verdeutlicht auch, wie wichtig die Sprache, die Kategorien und Denkmodelle sind, die wir verwenden. Beschriebe man Ungleichheiten mit einem einzigen Indikator wie dem Gini-Koeffizienten, so könnte man der Illusion verfallen, es ändere sich nichts, weil die Komplexität und Vielschichtigkeit der Entwicklungen aus dem Blick gerät, wenn verschiedene Wirkungen in einem einzigen Indikator sich vermischen und einander ausgleichen. Darum werde ich in diesem Buch solche «synthetischen» Indikatoren meiden und stets Sorge tragen, bei der Beschreibung von Ungleichheiten und ihren Entwicklungen die verschiedenen Dezile und Perzentile der Einkommens- und Vermögensverteilung, also auch die fraglichen sozialen Gruppen klar auseinanderzuhalten.²

¹ Die «Elefantenkurve» zeigt das Wachstum des Durchschnittseinkommens eines bestimmten Perzentils zwischen zwei Zeitpunkten an, wobei das gleiche Perzentil, wohlgemerkt, in Anbetracht der individuellen Aufwärts- oder Abwärtsmobilität, aber auch aufgrund von Todesfällen und Geburten zu beiden Zeitpunkten nicht die gleichen Personen umfasst.

² Vergessen wir nicht, dass der Gini-Koeffizient zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Corrado Gini, einem italienischen Wirtschaftsstatistiker erfunden wurde, der wie sein Landsmann Vilfredo Pareto eine recht konservative Auffassung von Ungleichheiten und ihrem

Manche könnten an dieser Stelle versucht sein der «Elefantenkurve» vorzuhalten, sie lenke das Augenmerk über Gebühr auf die 1 % oder 0,1 %, die sich an der Spitze der Verteilungspyramide bereichert haben. Sollte man sich nicht, statt plump den Neid auf verschwindend kleine Gruppen zu schüren und Begehrlichkeiten anzustacheln, über das Wachstum freuen, das am unteren Ende der Verteilung zu verzeichnen ist? Tatsächlich haben die neuesten Forschungen nicht bloß die Triftigkeit dieses Ansatzes erwiesen, sondern gezeigt, dass die Elefantenkurve zum Gipfel hin noch steiler ist als angenommen. So zeigt sich, dass zwischen 1980 und 2018 der Anteil am globalen Einkommenszuwachs, den sich die reichsten 1 % der Welt gesichert haben, bei 27 % liegt, gegenüber 13 % für die ärmsten 50 % (siehe Grafik 0.5). Die Spitze des Rüssels steht, anders gesagt, gewiss für einen Bruchteil der Bevölkerung, aber der hat wahrlich einen Elefantenanteil des Wachstums ergattert, der zweimal größer ist als der Anteil, der an jene 3,5 Milliarden geht, aus denen die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung besteht.¹ Das heißt zum Beispiel, dass ein die Spitze der Pyramide nicht ganz so begünstigendes Wachstumsmodell eine sehr viel raschere Eindämmung der weltweiten Armut ermöglicht hätte (und künftig ermöglichen könnte).

Auch hier kann die Debatte sich von solchen Daten leiten lassen, aber sie sind nicht in der Lage, sie zum Abschluss zu bringen. Alles hängt einmal mehr davon ab, woraus die Ungleichheiten entspringen und wie sie sich rechtfertigen lassen. Die Schlüsselfrage lautet, bis zu

Fortbestand vertrat. Siehe *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, a. a. O., S. 349–356. Wir werden später darauf zurückkommen, wie wichtig die Auswahl der Indikatoren ist und welche zweideutige Rolle die Statistischen Ämter und internationalen Organisationen in den Diskussionen darüber spielen. Siehe insbesondere Kapitel 13, S. 822–829. Sämtliche Gini-Koeffizienten, die den in diesem Buch erwähnten Einkommens- und Vermögensverteilungen entsprechen, sind auch im Technischen Anhang verfügbar. Zur Vereinfachung: Die Gini-Koeffizienten, die per definitionem immer zwischen 0 (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Ungleichheit) liegen, steigen im Allgemeinen auf 0,8 bis 0,9, wenn der Anteil des oberen Dezils 80 % bis 90 % der Gesamtsumme erreicht, und fallen auf 0,1 bis 0,2, wenn der Anteil des oberen Dezils auf etwa 10 % bis 20 % der Gesamtsumme sinkt. Sehr viel aussagekräftiger ist es, sich die Anteile der verschiedenen Gruppen vor Augen zu führen (die ärmsten 50 %, die wohlhabendsten 10 % usw.). Ich empfehle dem Leser dringend, sich bei seinen Überlegungen eher auf diese Größenordnungen zu stützen als auf die Gini-Koeffizienten.

¹ Die in Grafik 0.5 vorgenommene Skalierung liegt zwischen einer Skalierung nach Bevölkerungsanteilen (bei der die höchsten 1 % und 0,1 % der Einkommen sehr wenig Raum einnehmen) und nach Anteilen am Gesamtwachstum (bei der ihnen ein größerer Anteil als der hier angegebene zukäme, was so unsinnig nicht wäre, geht es doch hier um die Verteilung des Wachstums). Siehe den *World Inequality Report 2018* (wir2018.wid.world).

welchem Punkt es möglich ist, das Wachstum an der Spitze im Namen der zahlreichen Wohltaten zu rechtfertigen, die dem Rest der Gesellschaft von den Reichsten angeblich erwiesen werden. Solange man wirklich annimmt, der Höhenflug der Ungleichheit sei nach wie vor dazu angetan, Einkommen und Lebensbedingungen der ärmsten 50 % zu verbessern, solange lässt es sich auch rechtfertigen, wenn die reichsten 1 % ganze 27 %, ja noch mehr, zum Beispiel 40 %, 60 % oder gar 80 % des globalen Wachstums auf sich vereinen. Die Analyse der unterschiedlichen Wege und insbesondere die oben angestellten Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und Europa oder Indien und China sprechen kaum für diese Art der Deutung, sind doch die Länder, in denen die Spitze sich am stärksten bereichert hat, keineswegs auch die, in denen es den Ärmsten ihrerseits besser ergangen ist. Jene Vergleiche legen vielmehr nahe, dass der von den reichsten 1 % abgeschöpfte Anteil des globalen Wachstums um 10–20 % oder mehr hätte verringert werden können (und in Zukunft verringert werden könnte), um den Anteil der ärmsten 50 % stark zu vergrößern. Aber diese Fragen sind wichtig und haben eine eingehendere Prüfung verdient.

Man wird jedenfalls angesichts dieser Daten nicht gut behaupten können, es gebe nur eine Organisationsform der Globalisierung und der Anteil der 1 % müsse notwendigerweise bei nicht mehr und nicht weniger als 27 % liegen (gegenüber den 13 % für die ärmsten 50 %). Die Globalisierung hat zu erheblichen Verzerrungen der Verteilung geführt, die nicht mit der Begründung ignoriert werden können, ausschlaggebend sei allein das Gesamtwachstum. Es muss, auf die eine oder andere Weise, zu einer Debatte über Alternativen wie über institutionelle und politische Weichenstellungen kommen, die diese Verteilung des globalen Wachstum beeinflussen.

Die Rechtfertigung extremer Ungleichheit

Wir werden auch sehen, dass die größten globalen Vermögen seit den 1980er Jahren noch größere Zuwächse verzeichnen konnten als die in Grafik 0.5 dargestellten höchsten globalen Einkommen. In allen Teilen der Welt ist ein extrem rasches Wachstum der größten Vermögen festzustellen, ob bei russischen Oligarchen oder mexikanischen Magnaten, bei chinesischen Milliardären oder indonesischen Finanziers, bei sau-

dischen Eigentümern oder nordamerikanischen Vermögen, bei indischen Industriellen oder europäischen Portfolios. Wir beobachten Zuwachsraten, die weit über denen des Wachstums der Weltwirtschaft liegen, von 1980–2018 etwa beim Drei- bis Vierfachen der globalen Wachstumsrate. Ein solches Phänomen ist etwas, das per definitionem nicht unbegrenzt so weitergehen kann, es sei denn, man wollte sich mit dem Gedanken abfinden, dass der Anteil der Milliardäre am Gesamtvermögen sich Schritt für Schritt auf die 100 % zubewegt, eine kaum haltbare Vorstellung. Und dennoch hat diese Divergenz sich im Laufe des Jahrzehnts, das auf die Finanzkrise von 2008 folgte, weiterhin vergrößert, und zwar mehr oder weniger in derselben Gangart wie von 1990–2008. Das lässt vermuten, dass wir es mit einer strukturellen Entwicklung großer Tragweite zu tun haben, deren Endpunkt noch nicht erreicht ist.¹

Angesichts so spektakulärer Entwicklungen schwanken die Diskurse zur Rechtfertigung extremer Vermögensungleichheit häufig zwischen verschiedenen Haltungen und nehmen mitunter erstaunliche Formen an. In den westlichen Ländern begegnet man oft einer bündigen Unterscheidung: Da sind auf der einen Seite russische «Oligarchen», Ölmilliardäre aus dem Nahen Osten und andere, chinesische, mexikanische, guineische, indische, indonesische Milliardäre, von denen es häufig heißt, sie hätten ihr Vermögen nicht wirklich «verdient», verdanke es sich doch zwielichtigen Beziehungen zu den Staatsorganen (mit deren Hilfe sie zum Beispiel Bodenschätze in ihren Besitz gebracht oder Lizenzen erschlichen haben) und fördere schwerlich das Wachstum. Und da sind auf der anderen Seite die «Unternehmer» Europas und der Vereinigten Staaten, vorzugsweise Kalifornier, deren Loblied zu singen zum guten Ton gehört, haben sie doch so unendlich viel zum Wohl aller beigetragen, dass sie noch reicher sein müssten, wüsste die Welt sie für das zu belohnen, was sie an ihnen hat. Vielleicht stehen wir sogar moralisch so sehr in ihrer Schuld, dass wir dies auch in klingender Münze zum Ausdruck bringen oder ihnen unser Stimmrecht übertragen sollten, was im Übrigen von den Realitäten in manchen Ländern so weit nicht mehr entfernt ist. Ein solches Regime der Rechtfertigung von Ungleichheiten, das hyper-meritokratisch und westzentriert zugleich auftritt, wirft ein Licht darauf, wie unüberwindbar das Bedürfnis

¹ Siehe insbesondere Kapitel 13, Tabelle 13.1.

menschlicher Gesellschaften ist, ihren Ungleichheiten einen Sinn zu geben, mitunter auch jenseits aller Vernunft. Fast schon eine Heiligsprechung des Vermögens, ist dieser Diskurs nicht frei von Widersprüchen, die manche zu Recht unüberbrückbar nennen würden. Sollen wir wirklich annehmen, Bill Gates und die anderen Tech-Milliardäre hätten ihre Geschäfte ohne die Hunderte von Millionen öffentlicher Gelder machen können, die seit Jahrzehnten in Ausbildung und Grundlagenforschung investiert wurden? Und glaubt man allen Ernstes, ohne tätige Hilfe des geltenden Rechts- und Steuersystems hätten sie ihr kommerzielles Quasi-Monopol aufbauen und ein Wissen, das allen gehört, zum privaten Patent anmelden können?

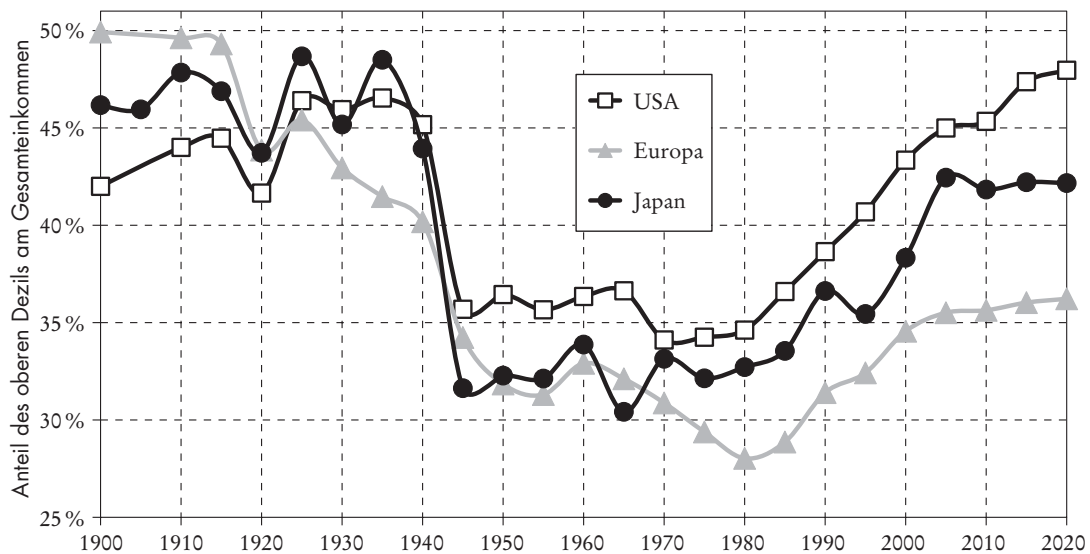
Darum bedient sich die Rechtfertigung dieser extremen Ungleichheiten oft eines weniger hochtrabenden Diskurses, der vor allem das Erfordernis der Vermögenserhaltung und des Schutzes von Eigentumsrechten betont. Anders gesagt: Vermögensungleichheit mag nicht durchweg gerecht und auch nicht immer hilfreich sein, insbesondere in solchen Proportionen, wie sie sich auch in Kalifornien beobachten lassen, aber ihre Infragestellung würde eine unaufhaltsame Eskalation in Gang setzen, für die am Ende die Ärmsten und die Gesellschaft als ganze bezahlen müssten. Dieses proprietaristische Argument, das sich auf das Erfordernis sozio-politischer Stabilität und absoluter (zuweilen quasi-religiöser) Wahrung einmal erworbener Eigentumsrechte beruft, spielte eine zentrale Rolle schon für die Rechtfertigung der starken Ungleichheiten in den Eigentümergesellschaften, die ihre Blüte in Europa und den Vereinigten Staaten im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebten. Auch in der Rechtfertigung von trifunktionalen Gesellschaften und Sklavenhaltergesellschaften begegnet man diesem unsterblichen Stabilitätsargument. Dem ist heute noch ein Diskurs über die vermeintliche Ineffizienz eines Staates hinzuzufügen, dem die Agilität privater Philanthropie weit überlegen sei. Auch dieses Argument hat in früheren Epochen eine Rolle gespielt, aber es hat in der Gegenwart eine neue Tragweite gewonnen. Diese unterschiedlichen Diskurse sind legitim und müssen, bis zu einem bestimmten Punkt, zu Wort kommen, aber ich werde den Nachweis zu führen versuchen, dass wir sie hinter uns lassen können, wenn wir nur beherzigen, was die Geschichte uns lehrt.

Aus der Geschichte lernen, aus dem 20. Jahrhundert lernen

Um die Entwicklungen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts analysieren zu können, ist es, wie sich in diesem Buch immer wieder zeigen wird, unabdingbar, sie in den Horizont einer langfristigen historischen und vergleichenden Perspektive zu stellen. Das gegenwärtige Ungleichheitsregime, das man als neoproprietaristisch bezeichnen kann, trägt die Spuren sämtlicher vorhergehender Regime in sich. Es lässt sich nicht angemessen untersuchen, solange man sich nicht zunächst vor Augen führt, wie die alten trifunktionalen Gesellschaften (die sich auf die dreigliedrige Struktur Klerus-Adel-Dritter Stand gründeten) im 18. und 19. Jahrhundert zu Eigentümergeellschaften wurden, und wie letztere wiederum im Laufe des 20. Jahrhunderts unter den Erschütterungen sowohl der kommunistischen und sozialdemokratischen Herausforderungen als auch der Weltkriege und jener Unabhängigkeitserklärungen zusammenbrachen, die mehreren Jahrhunderten der Kolonialherrschaft ein Ende bereiteten. Alle menschlichen Gesellschaften sind darauf angewiesen, ihren Ungleichheiten einen Sinn zu verleihen, und die Rechtfertigungen der Vergangenheit sind zuweilen, aus der Nähe betrachtet, auch nicht verrückter als die der Gegenwart. Nur wenn man sie alle studiert, in ihrem konkreten historischen Ablauf, aber unter besonderer Berücksichtigung der Vielfalt der Wegverläufe und möglichen Abzweigungen, lässt sich das gegenwärtige Ungleichheitsregime in Perspektive setzen und lassen sich die Bedingungen seiner Verwandlung ins Auge fassen.

Besondere Bedeutung werden wir dem Niedergang der proprietaristischen und kolonialistischen Gesellschaften des 20. Jahrhundert beimessen, einem Niedergang, der mit einem radikalen Wandel der Struktur der Ungleichheiten wie ihres Rechtfertigungssystems einherging und aus dem unsere heutige Welt hervorgegangen ist. Die westeuropäischen Länder, angefangen mit Frankreich, Großbritannien und Deutschland, in denen am Vorabend des Ersten Weltkriegs größere Ungleichheit herrschte als in den Vereinigten Staaten, sind im Laufe des 20. Jahrhunderts weniger inegalitär geworden, zunächst, weil der von den Erschütterungen der Jahre 1914–1945 hervorgerufene Abbau von Ungleichheiten dort massiver ausfiel, und dann, weil der Anstieg der Ungleichheiten seit den 1980er Jahren weniger deutlich war als in den

Die Ungleichheiten von 1900–2020: Europa, Vereinigte Staaten, Japan

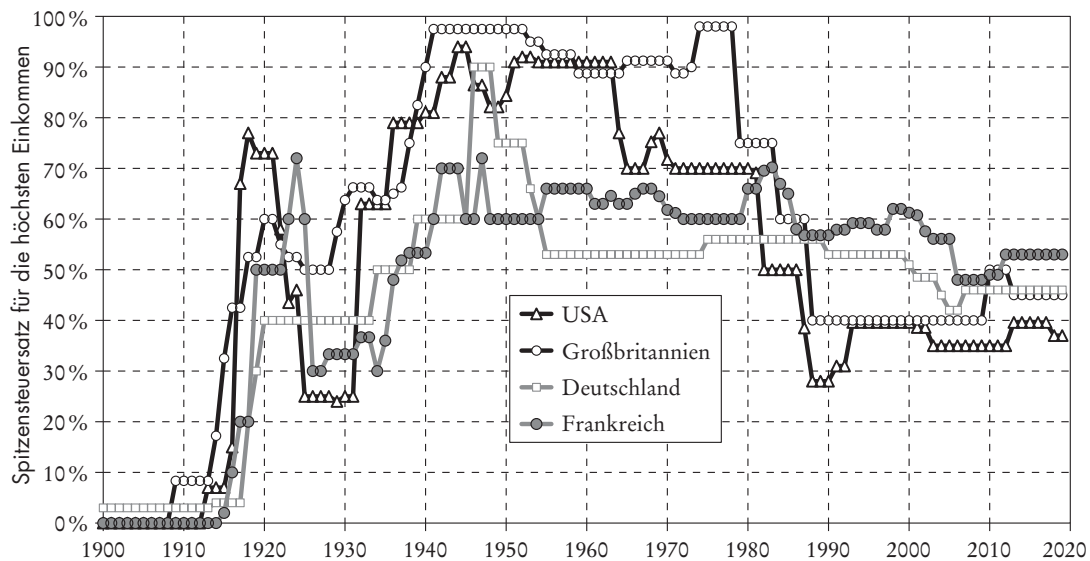


Grafik 0.6.: Der Anteil des oberen Dezils (die einkommensstärksten 10%) am Nationaleinkommen betrug zwischen 1900 und 1910 ungefähr 50% in Westeuropa, bevor er zwischen 1950 und 1980 auf etwa 30% sank und zwischen 2010 und 2020 wieder auf 35% anstieg. Der Anstieg der Ungleichheiten fiel besonders stark in den Vereinigten Staaten aus, wo der Anteil des oberen Dezils sich 2010 bis 2020 den 50% näherte und das von 1900 bis 1910 erreichte Niveau übertraf. Japan nimmt eine Mittelstellung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten ein.
Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

Vereinigten Staaten (siehe Grafik 0.6).¹ Wir werden sehen, dass der starke Abbau von Ungleichheiten zwischen 1914 und den 1950er Jahren in Europa wie den Vereinigten Staaten auf eine Reihe von Veränderungen des Rechts-, Sozial- und Steuersystems zurückgeht, deren Ablauf tatsächlich durch die beiden Weltkriege, die bolschewikische Revolution von 1917 und die Wirtschaftskrise von 1929 stark beschleunigt wurde, die sich aber intellektuell und politisch seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angebahnt hatten. Es ist durchaus denkbar, dass es zu diesen Veränderungen unter allen Umständen gekommen wäre, in einer anderen Form, dank anderer Krisen. Es ist das Zusammentreffen von geistigen Entwicklungen und Ereignislogiken, aus dem der historische Wandel hervorgeht. Die einen vermögen nichts ohne die anderen. Diesem Schluss werden wir wiederholt begegnen, etwa dort, wo wir die Ereignisse der Französischen Revolution oder die Wandlungen der Ungleichheitsstruktur in Indien seit der Kolonialzeit analysieren.

¹ Westeuropa entspricht nach Grafik 0.6 dem Durchschnitt Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Schwedens. Siehe Kapitel 10, Grafiken 10.1 und 10.3 für eine separate Analyse der langfristigen Entwicklungen in den verschiedenen europäischen Ländern. Siehe auch Technischer Anhang, Zusatzgrafik So.6 für die entsprechenden Jahresreihen.

Der Spitzensatz der Einkommensteuer, 1900–2020



Grafik 0.7.: Der Spitzensatz für die Einkommensteuer (dem die höchsten Einkommen unterliegen) betrug in den Vereinigten Staaten von 1900 bis 1932 im Durchschnitt 23%, 81% von 1932 bis 1980 und 39% von 1980 bis 2018. Für diese Zeitspannen betrug der Satz in Großbritannien 30%, 89% und 46%, in Deutschland 18%, 58% und 50%, in Frankreich 23%, 60% und 57%. Die Steuerprogression erreichte Mitte des Jahrhunderts ihren Höhepunkt, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien.
Quellen und Reihen: Siehe piketty.pse.ens.fr/ideologie.

Unter den rechtlichen, fiskalischen und sozialen Veränderungen, die im 20. Jahrhundert zum Abbau von Ungleichheiten aufgeboten wurden, ist insbesondere das im großen Stil eingeführte progressive Einkommen- und Erbschaftsteuersystem zu nennen, das heißt ein Steuersystem, das die höchsten Einkommen und größten Vermögen aufgrund sehr viel höherer Steuersätze stärker belastet als die geringeren. Die Erfindung einer umfangreichen modernen Steuerprogression war vor allem eine Errungenschaft der Vereinigten Staaten, die zu Zeiten des *Gilded Age* (1865–1900) und der großen Umwälzungen des Industrie- und Finanzsektors im beginnenden 20. Jahrhundert sehr von der Sorge umgetrieben wurden, sie könnten eines Tages gerade so inegalitär werden wie das alte Europa, das damals als oligarchisch und dem demokratischen Geist der Vereinigten Staaten entgegengesetzt betrachtet wurde. Die Erfindung war aber auch eine Errungenschaft Großbritanniens, das zwischen 1914 und 1945 nicht die gleichen Vermögensverluste wie Frankreich und Deutschland hinnehmen musste und sich in einem entspannteren politischen Rahmen anschickte, der Ungleichheit seiner aristokratischen und proprietarischen Vergangenheit insbesondere mittels der progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer den Rücken zu kehren.

Bei der Einkommensteuer lag der Spitzensatz, das heißt der Satz, der bei den höchsten Einkommen greift (oder genauer: bei dem Teil der Einkommen, der über einer bestimmten Schwelle liegt), in den Vereinigten Staaten zum Beispiel zwischen 1932 und 1980, also fast ein halbes Jahrhundert lang, im Durchschnitt bei 81 %, in Großbritannien sogar bei 89 %, gegenüber «nur» 58 % in Deutschland und 60 % in Frankreich (siehe Grafik 0.7).¹ Fügen wir hinzu, dass in diesen Steuersätzen andere Steuern (zum Beispiel Verbrauchsteuern) und in den Vereinigten Staaten auch die Einkommensteuern der einzelnen Bundesstaaten (die sich praktisch auf 5 % oder 10 % beliefen und zum Bundessteuersatz hinzukamen) noch nicht einmal einbegriffen waren. Ganz offenbar haben diese Steuersätze jenseits der 80 %, die ein halbes Jahrhundert lang galten, nicht zur Zerstörung des Kapitalismus der Vereinigten Staaten geführt.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden sehen, dass die starke Steuerprogression einen großen Beitrag zum Abbau von Ungleichheiten im 20. Jahrhundert geleistet hat, und wir werden eingehend untersuchen, wie sie in den 1980er Jahren namentlich in den Vereinigten Staaten und Großbritannien wieder infrage gestellt wurde und welche Lehren sich aus diesen unterschiedlichen historischen Erfahrungen und nationalen Entwicklungslinien ziehen lassen. Für die Republikaner unter Ronald Reagan wie für die britischen Konservativen unter Margaret Thatcher – beide waren nach den Wahlen von 1979–1980 an die Macht gelangt – stellte der spektakuläre Abbau der Steuerprogression die emblematischste Maßnahme im Zuge dessen dar, was damals «konservative Revolution» genannt wurde. Diese politisch-ideologische Wende der 1980er Jahre hatte erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Steuerprogression und der Ungleichheiten. Und das nicht allein in diesen beiden Ländern, sondern weltweit, zumal diese Wendung von den Regierungen und politischen Bewegungen, die es seither in diesen beiden Ländern gab, nie wieder wirklich infrage gestellt wurde. In den Vereinigten Staaten schwankte seit dem Ende der 1980er Jahre der Spitzensatz der Bundeseinkommensteuer zwischen 30 und 40 %, in Groß-

1 Die hier dargestellten Spitzensteuersätze entsprechen dem sogenannten höchsten Grenzsteuersatz, d. h. dem Satz für denjenigen Teil des Einkommens, der über einer bestimmten Schwelle liegt (in der Regel betrifft dieser Satz weniger als 1 % der Steuerpflichtigen). Wir werden feststellen, dass die effektiven Steuersätze, die von den Einkommensstärksten wirklich gezahlt werden, in vergleichbarem Umfang schwanken. Siehe insbesondere Kapitel 10, Grafik 10.13.

britannien bewegte sich der Spitzensteuersatz zwischen 40 und 45 %, mit vielleicht einer leichten Aufwärtstendenz nach der Krise von 2008. In beiden Fällen lagen zwischen 1980 und 2018 die Sätze im Großen und Ganzen um die Hälfte niedriger als zwischen 1932 und 1980, das heißt nicht mehr bei etwa 80 %, sondern bei etwa 40 % (siehe Grafik 0.7).

Förderer und Verteidiger dieser Wende hielten den spektakulären Abbau der Steuerprogression für geboten, weil sie der Überzeugung waren, die Spitzensteuersätze hätten zwischen 1950 und 1980 in beiden Ländern unverhältnismäßige Höchststände erreicht. Verbreitet war auch das Argument, sie hätten gar die angelsächsischen Unternehmer geschwächt und dazu beigetragen, dass Kontinentaleuropa und Japan aufholten (das Thema spielte tatsächlich in den 1970er Jahren in den Wahlkampagnen in Großbritannien wie in den Vereinigten Staaten eine große Rolle). Aus dem Abstand, den wir drei Jahrzehnte später gewonnen haben, scheint mir, dass diese These einer Prüfung der Fakten kaum standhält und die ganze Frage neu gestellt zu werden verdient. Der Aufholprozess zwischen 1950 und 1980 lässt sich durch ganz andere Faktoren erklären, angefangen damit, dass Deutschland, Frankreich, Schweden und Japan einen starken Wachstumsrückstand gegenüber den angelsächsischen Ländern (und namentlich den Vereinigten Staaten) hatten. Es war also praktisch unvermeidbar, dass sie im Laufe der folgenden Jahrzehnte rascher wuchsen. Das starke Wachstum dieser Länder mag auch durch eine Reihe institutioneller Besonderheiten begünstigt worden sein, insbesondere durch eine recht ambitionierte und egalitäre Bildungspolitik, die es ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte, ihren Bildungsrückstand gegenüber den Vereinigten Staaten rasch aufzuholen und einen deutlichen Vorsprung gegenüber Großbritannien zu gewinnen, das in Sachen Ausbildung schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen historischen Rückstand erkennen ließ, der sich zusehends vergrößerte und dem das Land nie so entgegengetreten ist, wie es das vermocht hätte. Im Übrigen sei noch einmal die Tatsache hervorgehoben, dass in Wahrheit der Produktivitätszuwachs in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien von 1950–1990 merklich größer war als von 1990–2020, was ernste Zweifel an der leistungssteigernden Wirkung der Senkung von Spitzensteuersätzen weckt.

Schließlich wird man davon ausgehen müssen, dass der entschlossene Abbau der Steuerprogression in den 1980er Jahren vor allem zu dem bei-

spiellosen Anstieg von Ungleichheiten zwischen 1980 und 2018 in den Vereinigten Staaten wie in Großbritannien, also zu einem Schrumpfen des Anteils der niedrigsten Einkommen am Nationaleinkommen beigetragen hat. Und damit wohl auch zum wachsenden Gefühl des Abgehängtseins der Mittel- und Unterschichten wie zu den identitären und xenophoben Abschottungstendenzen, die sich in beiden Ländern mit dem Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union (dem *Brexit*) und der Wahl von Donald Trump so vehement Ausdruck verschafft haben. Diese historischen Erfahrungen können auch ins Feld geführt werden, um über anspruchsvollere Formen der Steuerprogression im 21. Jahrhundert nachzudenken – für Einkommen wie Vermögen und in den reichen Ländern wie in den armen, die zu den ersten Opfern des Steuerwettbewerbs und mangelnder finanzieller Transparenz zählen. Der freie Kapitalverkehr ohne Kontrolle und Informationsaustausch unter Steuerbehörden war einer der Haupttreiber der Fortschreibung und internationalen Ausweitung der konservativen Fiskalrevolution der 1980er Jahre. Er hatte extrem negative Auswirkungen auf den Aufbau des Staates und eines legitimen Steuersystems auf der ganzen Welt. Tatsächlich ist es auch und vor allem die Frage, weshalb die sozialdemokratischen Koalitionen nach dem Krieg nicht in der Lage waren, diese Probleme zu meistern, mit der wir uns beschäftigen müssen. Dabei geht es namentlich um die Unfähigkeit, die Steuerprogression auf transnationaler Ebene zu bewältigen und sie im Begriff des Privateigentums auf Zeit weiterzudenken (zu dem eine ausreichend progressive Besteuerung der größten Eigentümer führen würde, die dann der Gemeinschaft jedes Jahr einen bedeutenden Teil ihres Besitzes zurückerstatten müssten). Dieses programmatische, intellektuelle und ideologische Defizit zählt zu den Hauptgründen für das Erlahmen der historischen Tendenz zur Gleichheit und das Wiedererstarken der Ungleichheit.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de